

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 21. Oktober 2021, 19:00 Uhr, Tägi, Trägerhardsaal

Vorsitz: Pauli Christian, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates 46
Mitglieder des Gemeinderates 7
Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin

Entschuldigt
abwesend: Aebi Marcel, Die Mitte CVP
Huser Michaela, SVP
Wernli Alexandra, SP
Hiller Yvonne, glp

Traktanden:

1. Einwohnerrat; Protokolle 2021; Protokolle der Sitzungen vom 1. Juli 2021 und 2. September 2021 (2021-0212)
2. Budget 2022 (2020-0040)
3. Ausgleich von Planungsvorteilen; Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen
Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen; Abschreibung (2021-0502)
4. Interpellation Palit Orun, GLP, vom 28. Januar 2021 betreffend Einkommens- und Vermögensstruktur in Wettingen; Beantwortung (2021-0142)

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur 31. Sitzung der laufenden Legislatur und zur 7. Sitzung in diesem Jahr. Es ist leider so, dass Anträge immer sehr kurz vor der Budgetsitzung eingehen. Diese müssen wir mühsam ordnen und können so die Sitzung nicht pünktlich beginnen. Ich wäre froh, wenn in Zukunft miteinander – mit dem Präsident und dem Ratsbetrieb zusammen – gearbeitet werden kann und diese Anträge früher eingereicht werden.

Ein besonderer Gruss geht an alle unsere Gäste insbesondere Alt-Ortsbürger-Kommissionspräsident Emil Bosshard. Dann begrüsse ich auch noch die Damen und Herren der Medien und freue mich auf die informativen und sachlichen Berichte. Für unsere Sicherheit ist Gefreiter Patrik Baumeler zuständig, besten Dank. Für die Desinfektion ist heute Selma Stoll zuständig, herzlichen Dank. Und zum Schluss ein grosses Dankeschön an das Team der Tägi AG.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) Postulat Fraktion Die Mitte CVP vom 21. Oktober 2021 betreffend Sensibilisierung für das einheimische Gewerbe

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, eine Möglichkeit zu finden, damit unsere Schülerinnen und Schüler die Chance erhalten, auf einfache Art und Weise in verschiedenen Schulfächern unsere lokalen Anbieter und Anbieterinnen kennen und schätzen zu lernen.

Begründung

Wettingen verfügt über verschiedenste interessante Anbietende in Gewerbe, Detailhandel, im Dienstleistungssektor oder in der Landwirtschaft. Sie bieten ein breit gefächertes Angebot, welches in den Schulunterricht problemlos einbezogen werden kann. Ein paar praktische Beispiele dazu:

- 1 Gewerbe: Werkunterricht → Bezug von Holz- oder Metallwerkstoff oder auch handwerkliches Know-how (externer Werkstattunterricht) in der Werkstatt vor Ort.
- 2 1. Detailhandel: Textiles Werken → Mercerie-Einkauf bei lokalen Textilanbietenden durch die Schülerinnen und Schüler persönlich.
- 3 2. Detailhandel: Hauswirtschaftsschule → Direkter Einkauf bei lokalen Lebensmittelgeschäften (Metzgerei, Bäckerei, allgemeine Lebensmittel)
- 4 Dienstleistung: Sportunterricht → Alle Arten von sportanbietenden (Fitnesscenter, Turnverein, Vita-Parcours) und lokale Sportveranstaltungen (Tägi-Triathlon), sodass die Schülerinnen und Schüler Freude an der Bewegung und an einem aktiven Lebensstil entwickeln können.
- 5 Landwirtschaft: Saisonale, gesunde und regional produzierte Lebensmittel direkt vom Bauernhof und Wochenmarkt für den Hauswirtschaftsunterricht oder den Znüni im Kindergarten.
- 6 Vereine: Projektwochen → Einsicht in verschiedene Vereine und Institutionen zum Kennenlernen ihrer Interessen und Tätigkeiten. So erhalten die Schülerinnen und Schüler ein breiteres Allgemeinwissen und den Vereinen und Institutionen bietet sich die Möglichkeit, neue Mitglieder zu gewinnen.

Betrifft

- Kindergarten
- Primarstufen
- Sereal
- Bezirksschule

Betrifft folgende Fächer und Anlässe

- Werkunterricht
- Textiles Werken
- Hauswirtschaftsschule
- Schulgarten
- Projektwochen
- Schulfeste und Schulanlässe

b) Motion der Fraktion SP/WettiGrünen vom 21. Oktober 2021 betreffend barrierefreien Zugang zum Gluri Suter Huus**Antrag**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die notwendigen baulichen Massnahmen vorzunehmen, um den barrierefreien Zugang zu sämtlichen öffentlich zugänglichen Bereichen des Gluri Suter Huus zu gewähren.

Begründung

Das Gluri Suter Huus erfüllt in Wettingen mehrere Aufgaben. Es beherbergt zwei Kindergärten, die Galerie und das Figurentheater. Dank dem grossen Engagement seitens der Verantwortlichen in den letzten Jahrzehnten ist das Gluri Suter Huus heute ein Leuchtturm der Wettinger Kultur, der weit über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt ist.

Leider ist das Gebäude in keiner Art und Weise für Menschen mit Geheinschränkungen zugänglich. Für die Motionärinnen und Motionären ist diese Benachteiligung von Menschen mit Behinderung nicht haltbar und daher beantragen sie beim Gemeinderat bauliche Massnahmen. Dies würde auch dem Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2002 entsprechen, welches Massnahmen fordert, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen.

Eine Möglichkeit dazu wäre der Einbau eines Personenlifts, der alle Ebenen des Gluri Suter Huus (Keller bis Galerie) bedienen kann. Ein solcher könnte den barrierefreien Zugang aller öffentlich zugänglichen Bereiche des Gluri Suter Huus ermöglichen. Für die Mitarbeitenden ergäben sich ebenfalls Erleichterungen beim Transport von Waren und Mobiliar durchs ganze Gebäude.

Die Wettinger Galerie im Gluri Suter Huus feiert 2022 ihr Fünfzigjahre-Jubiläum. Es wäre an der Zeit, den Zugang zur Wettinger Gemeindegalerie für alle Menschen zu ermöglichen

c) Motion der Fraktion SP/WettiGrünen vom 21. Oktober 2021 betreffend Schulwegsicherheit an der Märzengasse und weiteren Hauptsammelstrassen**Antrag**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Schulwegsicherheit an der Märzengasse und weiteren Hauptsammelstrassen mit Tempo 50 durch bauliche Massnahmen oder Temporeduktionen (Tempo 30) zu erhöhen.

Begründung

Der Verkehr auf der Märzengasse in Wettingen hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Gründe dafür sind die Reduktion auf Tempo 30 im Abschnitt Halbartenstrasse / Bifangstrasse und die daraus resultierende neue Verkehrsführung über den vorderen Teil der Märzengasse.

Die Märzengasse dient als Schulweg, ist jedoch mit dem aktuellen Verkehr eine tägliche Gefahr für Schulkinder. Von der Landstrasse einmündend anfangs Märzengasse bis zur Kreuzung Bifangstrasse, befindet sich auf der rechten Seite kein Trottoir. Auch für die Mittagsbetreuung im Langäcker müssen die Schülerinnen und Schüler die Märzengasse überqueren. Mit dem neuen Alterszentrum kommen zusätzlich viele ältere Leute ins Quartier und damit auf die Märzengasse.

Mit einer Petition in der Aargauer Zeitung vom Juni 2020 und schriftlichen Anfragen bei der Gemeinde wurde von mehreren Anwohnerinnen und Anwohner auf das Problem aufmerksam gemacht. Der Gemeinderat argumentiert mit der Klassifizierung der Märzengasse als Hauptsammelstrasse im kommunalen Gesamtplan Verkehr und dass Tempo 30 auf der Märzengasse zwar ein grosses Anliegen der Bevölkerung sei, aber weitreichende Konsequenzen auf den Quell-, Ziel- und Durchgangsverkehr hätte und zu mehr Schleichverkehr in den umliegenden Quartieren führen könnte. Ein Gutachten betreffend Vor- und Nachteile von Tempo 30 auf der Märzengasse (inkl. Trottoirerstellung) wurde aufgrund der Corona-Situation und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Verkehrsströme zurückgestellt.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern vom Gemeinderat der Schulwegsicherheit an der Märzengasse und weiteren Hauptsammelstrassen ohne doppelseitiges Trottoir eine höhere Priorität einzuräumen. Das Konzept Tempo 50 auf Hauptsammelstrassen von 2013 soll hinterfragt und entsprechende Tempoanpassungen sowie bauliche Massnahmen zeitnah umgesetzt werden.

0.2 Gratulation

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich möchte alle neuen und wiedergewählten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, sowie Gemeinderätin und Gemeinderäte zur Wahl gratulieren. Für die nicht gewählten möchte ich mich heute für Ihren Einsatz für die Gemeinde Wettingen bedanken und wünsche für die Zukunft alles Gute.

0.3 Mitteilung

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Michaela Huser ist am 27. September 2021 Mutter geworden. Wir gratulieren den frisch gebackenen Eltern ganz herzlich und wünschen für die Anfangszeit viel Kraft und viel Schlaf.

0.4 Termine

Die Einwohnerratssitzung vom 18. November 2021 fällt aus.

0.5 Tischauflagen

- Flyer zur Anmeldung der Kunstschau
- Flyer Gluri Suter Huus betr. Ausstellung
- Einladung HGV zum Politpodium 4. November 2021

0.6 Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1 Einwohnerrat; Protokolle 2021; Protokolle der Sitzungen vom 1. Juli 2021 und 2. September 2021 (2021-0212)

Die Protokolle der Sitzung vom 1. Juli 2021 und 2. September 2021 werden genehmigt.

2 Budget 2022 (2020-0040)

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wie jedes Jahr wurden wir mit ausführlichen Dokumenten, Daten und Kennzahlen bedient. Wir haben den Finanzplan 2021-2025 und die Anträge der FIKO erhalten.

Der Ablauf ist wie folgt: Zuerst bekommt der FIKO-Präsident das Wort, danach die Fraktionen. Da das Eintreten auf das Budget und die Rechnung obligatorisch ist, gelten die Fraktionsvoten nicht als Eintrittsvotum, weshalb ein kurzes Votum ist zu halten ist.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Gerne informiere ich Sie über die Prüfung des Budgets 2021 durch die Finanzkommission. Der Ablauf gliedert sich wie folgt:

1. Informationen der Finanzkommission zum Prüfungsablauf
2. Generelle Feststellungen der Finanzkommission
3. Anträge der Finanzkommission

Informationen zum Prüfungsablauf:

Das Budget 2021 wurde durch die Mitglieder der Finanzkommission ressortweise geprüft. Im Sinne eines WOF-Light-Ansatzes hatte die FIKO zum ersten Mal kein Detailbudget. Das machte die Arbeit nicht einfacher, wir finden, es haben uns zu wenig aussagekräftige KPIs zur Verfügung gestanden. Dies muss sich ändern, ansonsten soll wieder ein Detailbudget zur Verfügung stehen.

Das Auswertungstool, welche alle Einwohnerräte nutzen konnten, ist ein sehr guter Ansatz und ein erster Schritt in die Richtung in die wir gehen wollen.

Am 13. September 2021 besprach die FIKO die einzelnen Prüfberichte und alle Fragen an den Gemeinderat wurden schriftlich festgehalten. Die Stellungnahme des Gemeinderats wurde an der gemeinsamen Sitzung von 27. September 2021 besprochen und es wurde eine Schlussfassung erarbeitet. Ein grosses Dankeschön an den Gemeinderat für die offene Besprechung.

Die FIKO erhielt den Eindruck, dass sämtliche Ansprechpersonen, auch in der Verwaltung, sehr bereitwillig und kompetent Auskünfte erteilten und sich alle ihrer Verantwortung bewusst sind.

Ich persönlich möchte mich an dieser Stelle beim Leiter Finanzverwaltung Martin Frey und dessen Stellvertreter Georg Kummer für die intensive Unterstützung und den guten Dialog während meiner 4-jährigen FIKO-Mitgliedschaft bedanken.

Generelle Feststellungen zum Budget 2021:

Ich erlaube mir, dieses Budget als Corona-Budget 2.0 zu bezeichnen. Die ganze Budgetierungsmethode hat sich aus Sicht der FIKO bewährt. Vor zwei bis drei Jahren wurde auf eine Botton-Up-Budgetierung umgestellt, d. h. alle Abteilungsleitenden und

Verantwortlichen schrieben nicht einfach das vorjährige Budget um, sondern überlegten – unter Vorgaben des Gemeinderats – was es wirklich braucht in den kommenden Jahren. In zwei Durchgängen wurde das erstellte Budget auf die Zielvorgaben reduziert.

Die generelle Entwicklung möchte ich hier nicht vorenthalten, denn der Gemeinderat hat in seinem Bericht zu diesem Thema ganz wesentliche Erkenntnisse reingeschrieben, welche die FIKO absolut teilt. Die anhaltende Covidkrise hat bereits heute spürbare Auswirkungen und wird den Handlungsbedarf erhöhen. Mit Handlungsbedarf meint man nicht nur den Bedarf des Gemeinderats, sondern den Bedarf des heutigen und künftigen Einwohnerrats. Gemäss der aktuellen Entwicklung ist anzunehmen, dass sich die ganzen Auswirkungen verzögern und eine „Bremsspur“ über die ganze nächste Legislaturperiode hinterlassen werden. Dabei muss erwähnt sein, dass diese nicht so gravierend ausfallen wird, wie wir dies von einem Jahr angenommen haben. Man muss sagen, dass ohne Steuerfusserhöhung auch im Jahre 2022 kein ausgeglichenes Budget möglich ist.

Solange keine weiteren genaueren Erkenntnisse über diese Auswirkungen der Covidkrise vorhanden sind, erachtet es der Gemeinderat nicht als opportun, heute eine Steuerfusserhöhung zu beantragen. Die einen nennen es Steuern auf Vorrat, die anderen sagen, man könne es nicht begründen. Auch die FIKO hat eine Haltung diesbezüglich, auf die ich am Schluss zurückkommen werde.

Fazit:

Das negative operative Ergebnis von -3,2 Mio. Franken ist mit rund 2 Mio. Franken auf die Corona-Auswirkungen und die restlichen 1,2 Mio. Franken auf verschiedene Gebundene Ausgaben (z. B. Finanzausgleich, Lehrerbesoldung etc.) zurückzuführen. Gemäss aktuellem Erkenntnisstand ist zur Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Haushaltsgleichgewichts ab 2023 eine Steuerfusserhöhung von rund 5 % unumgänglich. An alle wiedergewählten Einwohnerräte: bereitet euch auf den Faktor Steuerfusserhöhung vor.

Nach den vielen verschiedenen Ereignissen in dieser Legislatur komme ich doch noch zu einem Novum: Zu Beginn der Legislatur hat der Einwohnerrat zum ersten Mal in der Geschichte Wettingens mehr Geld gesprochen als der Gemeinderat beantragt hat (Fr. 35'000, für den Altersnachmittag). Ein Jahr später, wiederum einmalig in der Geschichte Wettingens, beschloss der Einwohnerrat das Nichteintreten ins Budget. Und noch ein Jahr später, wieder erstmalig, trat das erste Corona-Budget mit mehreren Millionen Franken minus in Kraft. Und in diesem Jahr wird die FIKO, zum ersten Mal in der Geschichte Wettingens, mehr Geld als der Gemeinderat – dank Corona-Budget 2.0 – beantragen.

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen: Finanzpolitik ist sehr spannend und man soll sich für die freiwerdenden Stellen in der FIKO melden. Diese Legislatur wird sicherlich in die Geschichte Wettingens eingehen und ich wünsche dem neuen Einwohnerrat und Gemeinderat, dass die kommende Legislatur nicht so bewegt ist wie die Letzte.

Dieses Jahr stellt die FIKO keinen Antrag auf Steuerfusserhöhung, obwohl eine knappe Minderheit der Meinung ist, dass eine Steuerfusserhöhung opportun sei. Die andere kleine Mehrheit ist jedoch der Meinung, dass es jetzt noch nicht Zeit ist dafür. Aber die Frage für die kommende Legislatur ist nicht ob, sondern wann eine Steuerfusserhöhung kommen wird.

Die Wettinger Finanzlage ist und bleibt sehr angespannt, aber am verlumpen ist Wettingen nicht. Wir leben definitiv über unseren Verhältnissen und das ist unter

Umständen die Vorphase des Verlumpens. Letztes Jahr haben wir alle gesagt, es sei unsere politische Aufgabe, die Bevölkerung auf die Steuerfusserhöhung aktiv vorzubereiten. Ich bitte Sie, mehr Sensibilität auf die Kommunikation zu setzen. Kommunizieren Sie weitsichtig, auch wenn die Botschaft unangenehm ist.

In diesem Rahmen möchte ich mich bei meinen Kollegen der FIKO bedanken. In diesen vier Jahren durften wir intensiv zusammenarbeiten. Ich bedanke mich, für eine ausserordentlich spannende Zeit.

Euch allen wünsche ich für die neue Legislatur Weisheit, Mut und Kraft. Weisheit, damit Sie die richtigen Entscheidungen für Wettingen treffen. Mut, frei zu denken und Themen, die unbequem und kontrovers sind, einzubringen. Kraft, fürs Ertragen potentieller Shitstorms.

Die FIKO stellt in diesem Sinne den Antrag, das Budget, wie vom Gemeinderat beantragt mit einem Steuerfuss von 95 %, zu genehmigen.

Abstimmungsverhältnis: 7 Ja : 0 Nein mit 0 Enthaltungen bei 7 Anwesenden.

Gähler Judith: An erster Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die an der Erarbeitung des vorliegenden Budgets und dem Finanzplan beteiligt waren. Die Erarbeitung ist eine komplexe und verantwortungsvolle Aufgabe, welche Sorgfalt und Disziplin von allen Beteiligten erfordert.

Was uns hier vorliegt, könnte man als ein Sparflammenbudget oder auch als ein mutloses Sparpaket bezeichnen, welches trotz „massivsten Sparanstrengungen und einer konsequenten Verzichtsplanung“ (zitiert aus dem Erläuterungsbericht) ein negatives operatives Ergebnis ausweist, welches sich Corona bedingt noch verschärft.

Ganz so im Superlativ, wie es im Erläuterungsbericht steht, haben wir die Zahlen nicht interpretiert. Wir erkennen zwar Sparwillen, aber ohne dass man wirklich mutig sein wollte. Die Vergangenheit der letzten Jahre schwingt spürbar mit. Man wollte niemanden auf die Füsse treten. Konkret heisst das, dass man versucht zu sparen ohne grosse Qualitätseinbussen oder einen massiven Leistungsabbau hinnehmen zu müssen.

Weil kein Handlungsspielraum bei den hohen und gebundenen Kosten besteht, haben wir den Eindruck, dass die Zitrone langsam aber sicher ausgepresst ist. Nichtsdestotrotz vermuten wir, dass trotz dem scheinbar hohen Sparwillen, bei dem einen oder anderen Kässeli bestimmt noch der eine oder andere Franken gespart werden könnte, was am Ende das Ergebnis nur beschönigen, nicht aber ändern könnte.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Investitionskosten bis auf weiteres im Vergleich zum Selbstfinanzierungsgrad hoch bleiben. Hier erwarten wir zukünftig korrigierende Massnahmen.

Zusammengefasst können wir also sagen, dass es sich nicht um ein Game-ChancerBudget handelt. Mehr oder weniger bleibt alles beim Alten. Die Verschuldung und das Minus auf der Ergebnisseite wachsen.

Eine gewisse Resignation macht sich breit und bemerkbar. Es wird immer offensichtlicher, dass es mehr Geld auf der Einnahmeseite braucht. Die Fraktion FDP appelliert hier zum wiederholten Male, dass dies nicht nur mit Steuererhöhungen anzugehen ist. Es sind innovative Ideen gefragt, entwicklungstechnische Fragen zu klären. Es gilt den Standortvorteil im Limmattal zu nutzen und sich klar zu positionieren, um sich von den anderen abzuheben.

Wir erwarten, dass der Gemeinderat mehr Mut, Innovation und Phantasie zeigt, als dies beim vorliegenden Budget der Fall ist.

Kurz gesagt gilt es, die Segel neu zu richten, damit das Schiff Wettingen sichtbar und stark bleibt und nicht langsam untergeht.

Die Fraktion FDP ist mit dem vorliegenden Budget grösstenteils einverstanden und wird sich in der Detaildebatte korrigierend einbringen.

Rechsteiner Lukas: Die Fraktion EVP/Forum 5430 bedankt sich herzlich für die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung, welche fürs Erstellen des Budgets nötig war. Die neue Tabelle zu der Entwicklung der einzelnen Kostenstellen wurde von uns sehr geschätzt.

Das Budget wurde sehr sorgfältig erarbeitet und man merkte, dass sich alle Beteiligten bewusst sind, dass der Spardruck gross ist. Trotz einer konsequenten Verzichtsplanung war es nicht möglich ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Der Spielraum ist sehr klein, das merkt man auch bei den ausbleibenden Anträgen der FIKO. Es liegen zwar ein paar Sparanträge aus dem Einwohnerrat auf dem Tisch, wobei es nur noch um ein weiteres Auspressen der viel zitierten Zitrone und nicht um substantielle Einsparungen geht.

Das vorliegende Budget ist aus unserer Sicht unehrlich. Mit einem riesigen Schuldenberg auf dem Buckel erlauben wir uns wieder ein Minus von gut 3 Mio. Franken, nur um den Steuerfuss nicht zu erhöhen. Es wird von fehlender langfristiger Planung, sich wiederholenden Fehler und von mangelnden Ideen geredet. Gleichzeitig sitzen wir da und akzeptieren erneut ein grosses Defizit und ein Anstieg des Schuldenbergs.

Die Fakten sprechen eigentlich für sich. In Wettingen sind vor allem Gesundheits- und Sozialhilfekosten verantwortlich für die steigenden Ausgaben. In diesen Bereichen ist aber das Meiste nicht beeinflussbar. Im Gegenteil sind die grossen Sparanstrengungen in der Sozialhilfe durch Corona zunichte gemacht worden.

Auch bei der Schule steigen die Kosten, einerseits wegen kantonalen Vorgaben und andererseits weil im Einwohnerrat beschlossen wurde, dass mehr Geld für Schulhäuser ausgegeben werden soll. Das begrüssen wir zwar, jedoch müssen wir auch dazu stehen und die Konsequenzen tragen.

In den beeinflussbaren Bereichen sieht man, dass sich Wettingen nicht viel Luxus leistet. Im Vergleich zu anderen grossen Gemeinden haben wir eine schlanke Verwaltung und wir geben wenig Geld aus für Kultur.

Am stärksten merkt man das unehrliche Budget aber beim Unterhalt von Strassen und Gebäuden. Da sind wir zuunterst im Vergleich zu anderen Gemeinden, jedoch nicht, weil es nichts zu machen gebe, sondern weil wir sparen müssen und die Verwaltung zu wenige Ressourcen hat. Beispiele dafür gibt es diverse: So fallen beim Kindergarten Sonnrain Mehrkosten an, weil die Sanierung aufgeschoben wurde und wer auf der Tägerhardstrasse unterwegs ist, weiss, dass wir hier auch zu spät dran sind und auch beim Friedhof Brunnenwiese sollten dringende Sanierungen vorgenommen werden.

Trotz all diesen auf dem Tisch liegenden Fakten sprechen wir immer noch von Steuern auf Vorrat, und dass eine Steuerfusserhöhung noch nicht nötig sei. Unsere Fraktion ist da anderer Meinung und möchte ein ehrliches Budget mit einer sofortigen Steuerfusserhöhung.

Wenn dieser Antrag im Rat keine Mehrheit findet, bleibt einzig die Hoffnung, dass tiefrote Zahlen den Druck genug gross werden lassen, damit es wenigstens nächstes Jahr klappt und wir ohne Bevormundung durch den Regierungsrat davonkommen.

Gujer Mia: Die Fraktion SP/WettiGrünen bedankt sich bei allen Beteiligten für die grosse Arbeit der letzten Monate. Eine besondere Erwähnung für die Endkostenaufstellung: Das neue System hat uns sehr bei der Überprüfung des Budgets geholfen und wir hoffen, dass dies für die nächsten Jahre beibehalten wird.

Eigentlich könnte ich mein Votum jetzt beenden, denn viel hat sich im Vergleich zum letzten Budget nicht geändert und viel abzubauen gibt es nicht mehr. Aber nicht nur das Budget hat sich nicht geändert, sondern auch unsere Fraktionsmeinung. Nach wie vor stellen wir fest, dass Leistungen in Kultur, Sport, Bildung und Soziales abgebaut werden. Nach wie vor werden einer nach dem andern unserer Leuchttürme Wettingens abgerissen. Nach wie vor stehe ich heute am Rednerpult mit dem Wissen, dass wir später wieder einen Antrag auf Steuerfusserhöhung um 5 % stellen werden müssen.

Wir glauben nach wie vor an eine farbenfrohe Zukunft für Wettingen, doch dafür müssen wir jetzt handeln. Die Bevölkerung zeigte im September was sie sich wünscht. Ab Januar wird der Einwohnerrat jünger, grüner und linker. Der Wahlkampf ist vorbei. Wieso noch ein Jahr warten, wenn für das nächste Budget sowieso klar ist, dass der Steuerfuss erhöht werden muss. Statt verharren auf alten Positionen, wünschen wir heute eine lösungs- und vor allem zukunftsorientierte Debatte für ein Wettingen, welches alle Generationen vereinen und allen Menschen ein Daheim bieten kann. Wettingen hat mit seinem Standort, der Infrastruktur und der Bevölkerungsanzahl viel Potential. Lasst uns das gemeinsam nutzen und machen wir heute einen ersten Schritt in die richtige Richtung.

Fricke Martin: Auch von mir einen herzlichen Dank an alle Beteiligten.

Wenn ich die Fraktionsberichte lese und heute Abend im Rat zuhöre, dann denke ich mir, dass ich eigentlich in Wettingen ein Geschäft zum Verkauf von Zitronen eröffnen müsste. Jedes Jahr werden offenbar viele dieser ausgepresst, bis am Schluss ein Budget da ist. Dieser ausgelutschte Zitronenvergleich wird nicht wahrer, wenn man ihn ständig wiederholt. Die Budgetzitronen in Wettingen ist keineswegs ausgepresst, wie uns immer weiss gemacht wird. Wir leisten uns nach wie vor Dinge, die es nicht braucht, mit Geld das wir nicht haben.

Erfreut bin ich darüber, dass auch die FDP feststellt, dass in unserer Gemeinde finanziell einiges nicht läuft wie es soll, z. B. die fehlende Verzichtsplanung durch den dafür verantwortlichen Gesamtgemeinderat. Diesen Punkt moniert unsere Fraktion seit Jahren.

Weitere Beispiele für unnötige Ausgaben sind:

- Eigener Weinbau; jedes Jahr ein Verlust von mehreren Fr. 10'000
- EW-Lädeli an bester Lage; jedes Jahr ein Verlust von gegen Fr. 200'000 Franken
- Pilot-Sozialprojekt „Fachstelle Integration Baden“

Für das Sozialprojekt „Fachstelle Integration Baden“ haben wir 2019 unsere Zustimmung für die Jahre 2019 – 2021 erteilt, obwohl es bereits andere Angebote im gleichen Gebiet gibt und diese Fachstelle daum nicht notwendig ist. Die Mitte CVP und die SVP haben damals dagegen gestimmt. Zuerst geplant waren Fr. 25'000. Danach Fr. 35'000. Jetzt sind wir schon bei Fr. 43'000. Jedes Jahr kommen mehrere Fr. 10'000 zusätzliche Kosten für die Gemeinde dazu.

Mit dem Budget 2022 machen wir aus diesem Provisorium einen Dauerbetrieb – einfach so. Praktischerweise hält sich die Sozialindustrie dabei die Jobs grad noch selber unter der Hand zu. Auf der Fachstelle arbeitet eine aargauische SP-Grossrätin. Eine Hand wäscht die andere.

Solche Beispiele gäbe es noch viele. Jeder hier drin weiss, wenn er oder sie ehrlich ist, dass es so ist. Wir könnten sehr wohl weniger ausgeben, wenn wir wollten. Aber das wollen wir nicht. In der heutigen Budgetdebatte wird die Fraktion SVP keiner Budgeterhöhung zustimmen, selektiv Kürzungsanträge einbringen und Kürzungsanträge von anderen Fraktionen unterstützen.

Palit Orun: Unsere Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten der Erstellung des Budgets 2022.

Wir finden, dass wir an der exakt gleichen Stelle stehen wie vor 10 Jahren. Damals erstellte die Gemeinde ein Papier zur Finanzierung zum Sport- und Erholungszentrum Tägerhard aus. Darin steht: „Aufgrund grosser Investitionen im Schulbereich mit Bauten im Zusammenhang mit der neuen Volksschule und dem neuen Schulhaus Zentenhof in den Jahren 2013/14 und ab 2015 der Tägi AG rechnet der Gemeinderat mit einer Steuerfusserhöhung von 6 % auf 95 %. 2019 soll die hochinvestive Phase überstanden sein. Anschliessend erfolgt der Schuldenabbau und damit einhergehend die erneute Steuerfussreduktion.“ Der damalige Gemeinderat erwähnt explizit eine erneute Steuerfussreduktion. Wieso schreibt er das? Es ist klar, dass zu einer attraktiven Gemeinde auch ein attraktiver Steuerfuss gehört, ansonsten wäre dies nicht so im erwähnten Papier erwähnt worden.

Spreitenbach will die Steuern senken doch wir stehen wieder an der gleichen Stelle. Der Gemeinderat möchte die Steuern 2023 – die Fraktion SP/WettiGrünen sogar 2022 – um 5 % auf 100 % erhöhen. Der Gemeinderat schreibt im Budget 2022 auf der Seite 15: „Es ist anzunehmen, dass die Abschreibungen durch die grosse Investitionstätigkeit bis 2030 auf 9 - 10 Mio. Franken ansteigen werden. Wenn es uns gelingt, die durchschnittlichen Investitionen pro Jahr ebenfalls auf diesem Niveau einzupendeln, kann genügend Selbstfinanzierung sichergestellt werden, so dass mit zusätzlichen Ertragsüberschüsse der Schuldenabbau eingeleitet werden kann.“ Also die ähnlichen Worte wie vor 10 Jahren. Auch jetzt wird versprochen, dass ab 2030 alles besser wird. Wir stehen wieder vor einem Monsterprojekt, einem möglichen Schulhauszentrum, dass alle Schulraum- und Turnhallenengpässe für die nächsten 10 Jahre abdecken soll, und welches durchaus 60 Mio. Franken kosten könnte, wie dazumal die Tägi AG. Was uns nach 2030 erwartet, das wird nicht thematisiert.

Kann der Gemeinderat ohne schlechtes Gewissen der Bevölkerung in die Augen schauen und sagen, dass eine 5 % Steuerfusserhöhung ausreichen wird, um alle jetzigen und künftigen Projekte zu finanzieren? Kann der Gemeinderat sagen, dass nach der hochinvestiven Phase, die bis 2030 andauern wird, die Steuern wieder sinken werden? Wie sieht es auf der Einnahmeseite aus? Hat man im Budget 2022 nicht übereifrig die Steuereinnahmen mit + 1.8 Mio. Franken zu hoch prognostiziert? Der Gemeinderat selber schreibt, dass es komplett unsicher sei, was die Pandemie und die kantonale Steuerrechtsrevision für Einflüsse auf die Einnahmen haben werden. Aber mit mehr Steuereinnahmen zu rechnen, führt auch dazu, dass auf der Aufwandseite leichter Budgetposten erhöht werden. Davon hat es einige im Budget 2022.

Die Fraktion glp wird einige Kürzungsanträge in der Detailbesprechung vorstellen und erst am Ende der Budgetdebatte entscheiden, ob sie dem Budget 2022 zustimmen wird oder nicht.

Wassmer Christian: Wie im letzten Jahr hat der Gemeinderat Wettingen wiederum die Fraktionen und Parteien zum runden Tisch geladen, um das Budget und den Steuerfuss 2022 zu besprechen. Wir schätzen diese frühzeitige Involvierung sehr.

Wir hatten in den letzten drei Jahren sehr positive Rechnungsabschlüsse produziert,

allerdings dank Sonderfaktoren und mit negativen betrieblichen Ergebnissen und einem riesigen Schuldenberg.

Im Moment sind wir in einer sehr schwer zu prognostizierenden Zeit, insbesondere was den Steuerertrag und die Sozialausgaben betrifft. Wie der Gemeinderat sind wir der Meinung, dass wir mit der notwendigen Steuererhöhung bis zum nächsten Jahr zuwarten sollten, wenn die Pandemie hoffentlich abgezogen ist. Dann werden wir auch die Aufwertungsreserve nicht mehr für ein ausgeglichenes Budget verwenden müssen.

Ebenfalls berücksichtigen wir die positivere Prognose für das aktuelle Rechnungsjahr, auch wenn es nicht für einen schwarzen Abschluss reichen wird, ist es besser als es budgetiert wurde. Es hätte auch viel schlimmer als budgetiert kommen können.

Der Gemeinderat hat seine Aufgabe gemacht und legt ein Budget auf Steuerfussbasis 95 % vor. Die FIKO hat es geprüft und stellt ganz wenige, eher technische Anträge, die wir alle unterstützen. Wir bedanken uns herzlich beim Gemeinderat, der Finanzverwaltung und der FIKO für die vorliegende Arbeit.

Der Gemeinderat hat den Einwohnerrat gehört und plafoniert die Personalausgaben. Zumindest sagt er das, der Tatbeweis fehlt uns aber noch. So wächst der Personalaufwand in der Prognose im Finanzplan unerklärlicherweise im aktuellen Jahr wieder an. Unterdessen haben wir allerdings gehört, dass es in der Zwischenzeit, seit Erarbeitung des Finanzplans, wohl doch keine Budgetüberschreitung geben soll. Im Budget 2022 steigt der Personalaufwand nochmals um 0.75 %, obwohl wir letztes Jahr 0 % in den Finanzplan geschrieben hatten. Auch der neue Finanzplan kommt mit einem Nullwachstum daher. Wir erwarten, dass danach gelebt wird. Wie schon mehrmals erwähnt sind Personalverschiebungen ausdrücklich erlaubt, Erhöhungen aber nicht. Wir erwarten, dass die Digitalisierung nicht nur Kosten generiert, sondern immer auch zu Kosteneinsparungen führt.

Ich zitiere mich selbst aus der Juni-Sitzung: „Die Digitalisierung der Gemeindebibliothek soll zukünftig zu dringend notwendigen Sparmassnahmen beitragen können. Die Fraktion vermerkt, dass für das zukünftige Budget Einsparungen bei den Bibliotheksstellen gemacht werden sollen. Einen Ausbau neuer freiwilliger Leistungen durch die Hintertür lehnen wir ab.“ Es ist nur konsequent, wenn wir heute den Antrag der FDP unterstützen, um eine Kompensation der Digitalisierungsinvestitionen durch die Effizienzsteigerungen erzwingen zu können. Wer nicht hören will, muss fühlen.

Auch bei den Parkuhren erwarten wir nach dem Digitalisierungsschritt Einsparungen. Der Ersatz der Parkuhren ist jedoch nicht mehr budgetiert, da dies dem Parkierungsfonds entnommen werden soll. Dies ist ziemlich intransparent und ein Antrag zu stellen ist nicht möglich. Es genügt, wenn wir nur noch eine Tafel mit den Park and pay & Co Aufklebern aufstellen, wenn eine Parkuhr ausfällt. Es hat in Wettingen noch für lange Zeit genügend Alternativen mit Parkuhren für die Münzfans. Wir sind gespannt auf den nächsten Rechenschaftsbericht mit den Erfahrungen aus dem ersten Jahr.

Unter den vorher aufgeführten Umständen verzichtet Die Mitte CVP Wettingen auf die Forderung nach einem Schuldenabbau im kommenden Jahr. Wir halten aber an unserem Ziel „Mission eine Generation“ fest, um den Schuldenberg baldmöglichst auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Wir sehen uns in der Verantwortung, der kommenden Generation nicht eine erdrückende Finanzlage zu hinterlassen. Wir stimmen heute einem Steuerfuss von 95 % für das Jahr 2022 zu.

Maibach Markus, Vizeammann: Es handelt sich um einen historischen Moment. Das erste Mal hat die FIKO höhere Beträge als der Gemeinderat beantragt und das erste Mal hat der Einwohnerrat deutlich mehr Anträge als die FIKO. Hier stellt sich die Frage, wie es um das Vertrauen des Einwohnerrats gegenüber der FIKO steht. An dieser Stelle möchte ich der FIKO herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Ich schätze dies und würde es auch sehr schätzen, wenn das Vertrauen nicht nur gegenüber dem Gemeinderat, sondern auch der FIKO vorhanden ist.

Für die Stadt Baden war heute in der Zeitung zu lesen: „Steuerfuss bleibt, Schulden steigen“. Wir reden über ein Corona-Budget 2.0 und wir sind nicht alleine auf dieser Welt. Es handeln alle etwa gleich, alle warten mit Steuerfussanpassungen ab und dieses Verhalten führt zu negativen Prognosen und Schuldenlasten.

Ich denke, ich muss nicht alles über den aktuellen Stand wiederholen. Vieles haben wir im Round Table bereits besprochen. Die Rechnung 2021 wird besser abschliessen als budgetiert, vor allem dank tieferen Sozialkosten und höheren Steuererträgen.

Drehen wir uns bezüglich der Steuerfussdebatte im Kreis oder sind wir am Baum der Erkenntnis angelangt? Ich denke, aus den Diskussionen der letzten Jahre, sind wir an dem Punkt der Einsicht angelangt: Wenn wir die Selbstfinanzierung verbessern und Schulden abbauen wollen, ist eine Anpassung des Steuerfusses unumgänglich

Es wird uns immer wieder vorgeworfen, wir seien nicht kreativ oder innovativ und wir könnten fantasievoller sein. Es ist tatsächlich nicht kreativ, wenn man zweimal eine Nullrunde in Lohnwesen macht, obwohl die Inflation steigt und dadurch eine Reallohnsenkung in Kauf genommen wird. Es ist tatsächlich nicht kreativ, wenn man den Unterhalt auf das Minimum setzt und nur das Nötigste macht. Es ist tatsächlich nicht kreativ, wenn das Kulturbudget reduziert wird und dementsprechende Rückmeldungen eintreffen. Es ist tatsächlich nicht kreativ, wenn die Standortpflege minimal gehalten wird.

Hingegen ist es ziemlich kreativ, wenn aus dem Cash- und Kreditmanagement und aus der Dividende des EWs das Optimum herausgeholt, den Budgetprozess neu angegangen wird und Modulbauweise bei Schulbauten (obwohl jetzt nach einem Monsterprojekt gebeten wird) geplant werden. Und wirklich kreativ ist das REL, denn das gibt uns die Rahmenbedingungen für die zukünftige räumliche Entwicklung.

Warnen möchte ich vor den «riesigen» Möglichkeiten der Digitalisierung. Man hat immer das Gefühl, dass bei der Digitalisierung sofort Personal eingespart werden kann, doch dies braucht seine Zeit und es sollen keine Wunder von der Digitalisierung erwartet werden.

Lassen Sie uns in die Zukunft blicken; der Finanzplan weist einige Baustellen auf: Die Schulraumplanung bleibt eine Herausforderung, hingegen planen wir einen flexiblen Weg; ein Monsterprojekt ist nicht im Finanzplan. Aufgrund der eingegangenen Anträge müssen wir jetzt eine seriöse Prüfung vornehmen und dies benötigt entsprechend Geld. Die Sportstättenplanung und -realisierung, die Umsetzung des Hochwasserschutzes und die Immobilienstrategie werden uns in Zukunft ebenfalls beschäftigen.

Zum Budgetprozess:

Vom Einwohnerrat kam der Auftrag zur globalen Budgetierung. Wir versuchten diesen Auftrag mit der Kostenstellen-Aufstellung zu erfüllen und ich bin froh, ist dies im Rat gut angekommen. Dieses Tool hat sicherlich noch Verbesserungspotential, doch ich denke, dadurch kann die Fragenflut eingedämmt werden.

Es sind im Vorfeld deutlich mehr Fragen vom Einwohnerrat als von der FIKO eingegangen, das soll an dieser Stelle festgehalten werden. Wir beantworten diese Fragen gerne, denn diese steigern auch die Qualität des Budgetprozesses. Es starteten jedoch teilweise sehr chaotische Prozesse, welche mit gebündelten Fragen aus der Fraktion nicht entstanden wären. Eine Optimierung werden wir nächstes Jahr zusammen mit dem Einwohnerratspräsidenten angehen.

Dass diese Prozesse in der Ferienzeit liegen, können wir leider nicht ändern. Dies hat damit zu tun, dass das Budget jedes Mal vom Volk abgesegnet werden muss, sonst hätten wir mehr Zeit, da wir noch den November nutzen könnten.

In der neuen Legislatur werden auch neue Personen kommen. Wir werden zusammen von Anfang an den gemeinsamen Weg mit dem Round Table fortsetzen. Wir haben eine Herausforderung, denn die Steuerfusserhöhung ist bereits angekündigt, und dies nicht um Steuern auf Vorrat zu sichern, sondern weil wir auf jetziger Sicht schlicht und ergreifend müssen, um die kantonalen gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Für diese kommende Kommunikationsaufgabe ist eine gute Zusammenarbeit wichtig. Bezüglich Budgetprozesse soll für nächstes Jahr ein klarer Weg geebnet werden, entweder gehen wir in Richtung Globalbudget oder machen es wie bisher.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir gehen in die Detailberatung.**Erfolgsrechnung**

Personalaufwand, Löhne

Burger Alain: Die Fraktion SP/WettiGrünen stellt folgenden Antrag:

Antrag:

Die Gesamtlohnsumme (Artengliederung Konti 3010.00, 3020, 3030.00 und 305) von 25'131'854.00 wird um 0,5% oder exakt Fr. 125'700.00 erhöht.

Begründung:

Die Gemeinde Wettingen soll ein attraktiver Arbeitgeber sein mit guten und konkurrenzfähigen Anstellungsbedingungen. Dafür ist neben dem Gemeinderat auch der Einwohnerrat verantwortlich. So legen wir auch heute Abend einmal mehr die Lohnsumme und damit den finanziellen Spielraum fest. Aufgrund der finanziellen Schieflage musste das Gemeindepersonal in den letzten Jahren Nullrunden mittragen. Auch für das kommende Jahr beantragt der Gemeinderat eine Nullrunde bei den Besoldungen.

Wie viele Menschen in diesem Land waren auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und durch die veränderten Ansprüche seitens der Bevölkerung stark gefordert. Zudem wird für das Jahr 2022 mit einer Teuerung von 0,5 bis 1 % gerechnet. Um die Kaufkraft der Löhne zu halten und eine Reallohnsenkung zu verhindern, braucht es bei der Gesamtlohnsumme eine Korrektur.

Wir von der Fraktion SP/WettiGrünen anerkennen die schwierige finanzielle Situation der Gemeinde. Wir übernehmen aber auch Verantwortung für unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, anstatt dem Gemeinderat nur Vorwürfe zu machen. Damit Reallohnsenkungen zumindest für einen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermieden werden können, beantragen wir eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 0,5%.

Gemäss Martin Süss, Leiter Rechtsabteilung der Gemeindeabteilung des Kantons Aargau, ist dieser Antrag so korrekt.

Der ursprüngliche Antrag, dass nur die Einkommen unter Fr. 100'000 von der Erhöhung profitieren sollen (denn jene sind viel stärker betroffen) kann leider nicht gestellt werden, denn diese Entscheidung liegt in der Kompetenz unseres Gemeinderats. Doch gerne möchten wir diesen ursprünglichen Antrag als Wunsch deponieren.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Dieser Antrag kam sehr spät und wir müssen uns intern besprechen. Mein Vorschlag wäre, dass wir dies etwas später und nach einer Pause behandeln, deshalb fahren wir jetzt weiter und behandeln diesen Antrag später.

**Ressort 0 Allgemeine Verwaltung, 120 Exekutive, Seite 12, Konto 120.3000.01
Sitzungs- und Taggelder Kommissionen**

Palit Orun:

Antrag:

Kürzung des Betrags von Fr. 20'500 um Fr. 8'000 also auf Fr. 12'500.

Begründung:

Die Fr. 12'500 wären auf dem Niveau der Rechnung 2020, in der die Ausgabe Fr. 12'260 betrug. Heute sprechen wir vom Corona-Budget 2.0, also könnte man diese Position auf das Niveau der Corona-Rechnung 1.0 zurückführen. Auch um unseren Solidaritäts- und Sparbeitrag ans Budget zu leisten.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag nicht Folge zu leisten. Bei dieser Position handelt es sich um Sitzungs- und Taggelder der gemeinderätlichen Kommissionen. Im Jahr 2019 haben wir bei dieser Position knapp Fr. 19'000 und in der Rechnung 2020 Fr. 12'260 benötigt. Diese Einsparung ist aufgrund der Coronapandemie zu erklären, da diverse Sitzungen nicht durchführbar waren und einige Kommissionen nicht in der gleichen Intensität arbeiten konnten.

Wir haben ein Reglement, welches das Sitzungsgeld für die Kommissionsmitglieder definiert und im Budget wurde diese Position aufgrund des Reglements und des Sitzungskalenders berechnet. Vor einigen Jahren hatten wir Kommissions- und Sitzungsgelder von Fr. 55'000 budgetiert und gebraucht. Im Rahmen der Sparmassnahmen – im Verlauf dieser Legislatur – haben wir Kommissionen reduziert und schlussendlich diese Position auf den heutigen Betrag gekürzt.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag der glp um Kürzung des Betrags bei Konto 120.3000.01 von Fr. 20'500 um Fr. 8'000 auf Fr. 12'500 folgenden Beschluss:

Der Kürzungsantrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

**Ressort 0 Allgemeine Verwaltung, 120 Exekutive, Seite 12, Konto 120.3170.03
Repräsentationskosten**

Palit Orun:

Antrag:

Kürzung des Betrags von Fr. 65'000 um Fr. 25'000 auf neu Fr. 45'000.

Begründung:

Unter dieser Position wird eine Reihe von Repräsentationsevents aufgeführt, was zwar sinnvoll ist, jedoch zeigt die Rechnung 2020 einen Betrag von Fr. 36'894.70 und wir möchten gerne das Budget 2022 auf das Niveau der Rechnung 2020 bringen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Hier habe ich eine ähnliche Argumentation wie beim vorherigen Antrag. Im Jahre 2019 wurden Fr. 71'900 benötigt. Das Coronajahr 2020 und wenige Jubilare führten zum tiefen Betrag in der Rechnung 2020.

Unter dieser Position fallen verschiedenste Anlässe, Apéros und auch Unterstützungsanfragen, nicht zuletzt von Parteien.

Es wurden bereits Einsparungen bei dieser Position vorgenommen, im Vergleich zu 2019. Ein Vergleich zur Rechnung 2020 macht pandemiebedingt keinen Sinn.

Ich bitte Sie, diesen Streichungsantrag nicht zu unterstützen.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Kürzung des Betrags bei Konto 120.3170.03 von Fr. 65'000 um Fr. 25'000 auf neu Fr. 45'000 folgenden Beschluss:

Der Kürzungsantrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Ressort 0 Allgemeine Verwaltung, 220 Allgemeine Dienste, übrige, Seite 14, Konto 220.3100.00 Büromaterial

Palit Orun:**Antrag:**

Kürzung des Betrags von Fr. 15'000 um Fr. 4'000 auf Fr. 11'000.

Begründung:

Wir möchten gerne auf das Niveau des Budgets 2020 kommen. Durch die Digitalisierung kann sicherlich Papier eingespart werden und wir verstehen nicht, weshalb jedes Jahr solche Beträge budgetiert werden müssen, wenn man in Richtung Digitalisierung geht.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Mit Einzug der Digitalisierung hat auch ein Beschaffungsleitfaden Einzug erhalten. Seit bereits einem Jahr werden alle Büromaterialbeschaffungen über einen Lead-Buyer abgewickelt. Das heisst, dass dies in der Kanzlei zentralisiert ist und Beschaffungen für die gesamte Verwaltung gemacht werden.

Im Jahre 2020 haben wir Fr. 16'400 benötigt, also ist die Einführung dieses Systems durchaus ein Erfolg. Wenn die früheren budgetierten Positionen der verschiedenen Ressorts (resp. der verschiedenen Abteilungen) zusammenzählen, dann können Sie feststellen, dass dieser Betrag wesentlich höher war.

Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht Folge zu leisten.

Gähler Judith: Ich bedanke mich beim Gemeindeammann für die Klärung. Ich habe gerade beim Durchsehen des Budgets festgestellt, dass die Feuerwehr und das Betriebsamt das Büromaterial separat budgetiert haben.

Kann mir der Gemeindeammann erklären warum das so ist? Diese Budgetposten stimmen also nicht mit seiner Erklärung überein.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Es erfolgen Verrechnungen mit diesen Abteilungen. Als Beispiel: Die Feuerwehr kann gewisse Aufwände verrechnen, z. B. an die Aargauische Gebäudeversicherung. Ähnliche Situationen finden wir ebenfalls bei den Eigenwirtschaftsbetrieben. Diese Abteilungen werden weiterhin ein Teil des Büromaterials selbst budgetieren. Diese Bestellungen werden zentralisiert bestellt aber separat budgetiert.

Effektiv ist es aber nicht mehr so, dass z. B. eine Bauverwaltung Büromaterial budgetiert.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Kürzung des Betrags bei Konto 220.3100.00 von Fr. 15'000 um Fr. 4'000 auf Fr. 11'000 folgenden Beschluss:

Der Kürzungsantrag wird mit 17 Ja : 26 Nein und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ressort 0 Allgemeine Verwaltung, 220 Allgemeine Dienste, übrige, Seite 14, Konto 220.3130.02 Telefon-, Internet- und Radio/TV-Gebühren

Palit Orun:

Antrag:

Kürzung des Betrags von Fr. 28'000 um Fr. 24'000 auf Fr. 4'000.

Begründung:

Wir möchten den Betrag auf das Niveau der Rechnung 2020 setzen. Wir haben diesbezüglich die Frage an die Verwaltung gerichtet und als Begründung für den hohen Betrag wurde die Homeofficepflicht erwähnt. Die späte und knappe Antwort war für uns nicht klärend. Wir halten an diesem Antrag fest, vielleicht wird uns heute diese Position besser erklärt.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Gerne nehme ich zu dieser Position Stellung, wehre mich aber vehement gegen den Vorwurf, dass wir spät antworteten. Wenn die Frage an sich bereits spät eintrifft, können wir sie dementsprechend auch erst spät beantworten. Diese Frage wurde uns anfangs dieser Woche zugestellt und wir haben sofort auch anfangs dieser Woche geantwortet.

Im Rahmen der Digitalisierungsoffensive wurde die ganze Thematik der Telefonie in der Verwaltung bearbeitet. Sie selber wissen, dass Sie diverse Applikationen auf Ihrem Handy haben. Das ist in unserer Verwaltung nicht anders. Soll heissen, unser Personal muss über die Handyauthorisierung auf Banken, Konten etc. zugreifen können. Eigentlich müssten von der Arbeitgeberseite Geschäftstelefone angeschafft und ein Abo bezahlt werden. Wir haben uns aber für eine andere Variante entschieden, denn wir haben in der Verwaltung definiert, wer den Zugriff benötigt. Diese definierten Personen benutzen ihr privates Handy und erhalten dafür eine Entschädigung.

Es gibt aber noch andere Personen, welche ihr Handy (z. B. für die direkte Rapportierung der Zeit beim Werkhofpersonal) tagtäglich ausserhalb der Büroräumlichkeiten brauchen. Diese Personen erhalten eine kleine Entschädigung von Fr. 50 jährlich. Diese Arbeitsart führt dazu, dass keine Geschäftshandys und Abos mehr beschafft werden müssen, sondern mittels Entschädigung das Personal mit ihren Privattelefonen den Zugriff

erhalten. Es handelt sich um eine zentralisierte Position, welche an den dezentralen Orten eingespart werden konnte (z. B. Telekommittel).

Ich bitte Sie, diesem Streichungsantrag nicht Folge zu leisten.

Scherer Kleiner Leo: Nach einer solch ausführlichen, sachlichen und überzeugenden Erklärung unseres Gemeindeammanns würde ich gerne von der Fraktion glp erwarten, dass sie ihren Antrag zurückziehen.

Der Antrag wird von der Fraktion glp zurückgezogen.

**Ressort 0 Allgemeine Verwaltung, 222 Bauverwaltung, Seite 15, Konto
Allgemeine Dienste, übrige, Seite 14, Konto 222.3132.00 Honorare externe
Berater, Gutachter**

Palit Orun:

Antrag:

Kürzung des Betrags von Fr. 120'000 um Fr. 60'000 auf Fr. 60'000.

Begründung:

Unserer Meinung nach, haben wir gute und gutbezahlte Mitarbeitende in der Bauverwaltung. Ziel wäre es, möglichst viel intern zu erledigen und selbst zu entscheiden. Wenn daraus ein Projekt entstehen soll, läuft dieses sowieso über einen Verpflichtungskredit und dieser Kredit deckt den Betrag von externen Berater.

In der Antwort wurde nicht klar erläutert, warum dieser Betrag benötigt wird, sondern es wurde lediglich erwähnt, dass mehr Fälle gerichtlich geregelt werden müssen und deshalb diese Position so hoch sein muss.

Egloff Martin, Gemeinderat: Diese Kosten setzen sich aus Honoraren für Ortsbildkommission, Fachgutachter für Ortsbildfragen und den Beizug von Rechtskonsulenten zusammen.

Durch die Innenverdichtung nimmt die Anforderung an Qualität der Bauprojekte zu und daher müssen vermehrt Fachgutachten erstellt werden. Mit der Zunahme der Baugesuche nehmen auch die Einsprachen zu, welche oftmals juristisch begleitet werden müssen. Diese Leistungen können nicht durch die Mitarbeiter der Bauverwaltung erbracht werden. Wir machen selbstverständlich so viel wie möglich intern.

Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Kürzung des Betrags bei Konto 120.3170.03 von Fr. 120'000 um Fr. 60'000 auf Fr. 60'000 folgenden Beschluss:

Der Kürzungsantrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit, 321 Bibliotheken, Seite 40, Konto 3210.3010.00 Löhne

Gähler Judith:

Antrag:

Die Lohnsumme ist aufgrund der bewilligten Digitalisierung im Juni 2021 um 5 % zu reduzieren. Das sind in Zahlen ca. Fr. 19'000 (exkl. Sozialleistungen).

Begründung:

Am 24. Juni 2021 haben wir einem Kreditbegehren von Fr. 180'000 zugestimmt. Im Zuge dieser Modernisierung und Digitalisierung wurde unsererseits die Erwartung geäußert, dass entweder bei den Personalkosten gespart wird oder die Preise der Dienstleistungen angepasst werden. Leider wurde unseren Erwartungen in keiner Weise entsprochen. Im Gegenteil, denn die Lohnkosten steigen sogar. Diese Vorgehensweise möchten wir nicht als exemplarisch bezeichnen, doch sie bereitet uns Sorgen. Diese Art von Haushaltung können wir uns nicht leisten und wir finden, dass es eine Anpassung braucht.

Rey Philippe, Gemeinderat: Wie bereits gehört: „Wer nicht hören will, muss fühlen!“

Wenn an dieser Stelle etwas gekürzt wird, dann werden Kinder und Betagte etwas fühlen, denn diese werden dadurch weniger Leistung erhalten.

Eine Digitalisierung bedeutet noch lange nicht, dass beim Personal eingespart werden kann. Im Gegenteil, dann können mehr Leistungen erbracht und zusätzliche neue und nötige Aufgaben (z. B. Führungen mit Schulen) erfüllt werden. Durch eine Digitalisierung kann nicht an einer anderen Ecke gespart werden. Sondern durch diese Digitalisierung können wir mehr Kunden in kürzerer Zeit bedienen und dadurch mehr Bücher verleihen. Das steigert unsere Attraktivität.

Wenn wir beim Personal eine Budgetkürzung von 5 % vornehmen, dann heisst das konkret, dass wir 30 Stellenprozent weniger haben. Von den vorhandenen 400 Stellenprozenten wären wir durch diese Kürzung bei 370 Stellenprozenten. Die Konsequenzen daraus wären: Reduzierungen bei den Öffnungszeiten, Anlässe und Lesungen, Gefährdung des Ausbaus der Schulklassenführungen, längere Wartezeiten bei Bestellungen und weniger Zeit für Beratungen.

Ich lehne aus diesen Gründen eine Kürzung ab.

Seit längerem machen wir uns Gedanken, wie wir die Einnahmeseite verbessern können. Es wurden bereits Benchmarks mit anderen Bibliotheken durchgeführt. Es kann festgestellt werden, dass Wettingen sehr tiefe Preise hat. Zum Beispiel kostet in Baden die gleiche Dienstleistung Fr. 50/Jahr und bei uns Fr. 20/Jahr. Mit dem Gebührenreglement sind wir hier an einer Verbesserung dran. Im November/Dezember wird diese Thematik im Gemeinderat behandelt und anfangs 2022 soll dann die Preisanpassung, bei Zustimmung, durchgesetzt werden. Dieses Thema wurde jedoch nicht an die grosse Glocke gehängt, da der Gemeinderat noch nicht einmal darüber diskutieren/beschliessen konnte.

Wenn dieser Gebühr zugestimmt wird, dann werden einige tausend Franken mehr eingenommen, vorausgesetzt wir können unsere Stellenprozent beim Personal behalten.

Es stehen diesbezüglich mehrere Varianten zur Diskussion, sogar eine, in der die Gebühren erhöht werden und der Gratiszugang für Kinder bis 16 Jahre bestehen bleibt

aber trotzdem mehr Einnahmen generiert werden können.

Man sieht, die FIKO-Ratschläge werden befolgt und befinden sich in der Umsetzungsphase. Es wäre also fatal, wenn mittels Ratskeule an den Stellenprozenten geschraubt wird, denn das würde sich auch auf die Einnahmeseite auswirken.

Ich lehne eine Kürzung ganz klar ab.

Wassmer Christian: Ich möchte festhalten, dass es sich hier – gemäss der letzten Aussagen – um einen freiwilligen Leistungsausbau handelt, den wir uns mit den leeren Kassen nicht leisten können.

Ebenfalls möchte ich festhalten, dass die beantragten 5 % 20 Stellenprocente betreffen. Nicht wie erwähnt 30. Also bleiben noch 380 Stellenprocente von den jetzigen 400 übrig.

Ich gehe davon aus, dass die 400 Stellenprocente nicht auf 4 Personen, sondern auf mehrere Teilzeitangestellte verteilt sind. Für mich handelt es sich um eine humane Kürzung mit der ich leben kann, jedoch kann ich nicht ohne eine Kürzung leben.

Der Warnschuss kam bereits im Juni 2021. Es wäre Zeit gewesen, die Einnahmeseite zu durchleuchten und anders zu budgetieren, was jetzt leider nicht erfolgte.

Aus diesen Gründen bitte ich alle, den Kürzungsantrag der FDP zu unterstützen.

Rey Philippe, Gemeinderat: Das im Juni 2021 bewilligte RFID ist noch nicht eingeführt. Wir wissen noch nicht, was die Einführung alles abverlangen wird. Die Umbauten konnten aufgrund der Lieferengpässe nicht durchgeführt werden.

Die neuen Gebühren sind schon länger in der Überarbeitung, doch wegen Corona wissen wir nicht, was im nächsten Jahr auf uns zukommt. Die nur vagen Vermutungen führten zu einer bewusst konservativen Rechnung. Wir wollten zuerst das Ende 2021 und die Durchführung der Digitalisierung abwarten.

Müller Heinrich: Die Einführung von RFID ist ein langer Prozess, denn das Personal muss auch erst geschult und die noch unerfahrenen Kunden benötigen viel Zeit für die Betreuung. Eine Stellenkürzung macht hier also keinen Sinn.

Langfristig sollen Medienkompetenzen, in Anbetracht des Lehrplans 21, viel mehr gefördert werden. Das können Lehrer aufgrund fehlender Kompetenz nicht weitergeben. Das heisst, dass die Oberstufenschülerinnen und -schüler auch in die Bibliothek gehen werden und dort auch instruiert werden müssen, was viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

Eine Bibliothek ist eine Art Wohnzimmer für die Gemeinde. Dieses Wohnzimmer soll nicht kleiner gemacht werden. Das Begegnungszentrum, welches uns beim Zentrumsplatz nicht gelungen ist, ist jetzt bei der Bibliothek langsam entstanden und das erst noch wetterfest. Ich bitte Sie, dieses Begegnungszentrum nicht zu torpedieren, denn es wäre am falschen Ort gespart.

Rey Philippe, Gemeinderat: Zu erwähnen ist, dass wir ein Sparpotential bei der Schule haben, denn die Gemeindebibliothek führt seit 2019 die obligatorischen Klassenführungen für den 2. Kindergarten und die erste und zweite Klasse durch. Zum Start des neuen Schuljahres 2021/2022 ist die Schulbibliothek der Bezirksschule aufgelöst worden. Das heisst, dass wir bei der Schulbibliothek der Bezirksschule einsparen. Diese Schülerinnen und Schüler müssen jedoch in mehr oder weniger regelmässigen Abständen in die Gemeindebibliothek pilgern und die Bücher hier

ausleihen.

Scherer Kleiner Leo: Ich bedanke mich für diesen Antrag. Ich hoffe die Medien nehmen dies auf. Es zeigt nämlich, wie nötig die Initiative „Lebendiges Wettingen“ ist. Diese Initiative setzt sich genau dafür ein, dass die Finanzen für z. B. die Bibliothek gesichert werden. Dadurch werden solche Schmalspur- und Herabstreichungsspiele nicht mehr möglich sein.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag auf Kürzung des Betrags bei Konto 3210.3010.00 um 5 % folgenden Beschluss:

Dem Kürzungsantrag wird mit 30 Ja : 16 Nein zugestimmt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit, 311 Museen und bildende Kunst (Kulturförderung), Seite 39, Konto 3110.3636.01 Kulturelle Beiträge

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Die Fraktion SP/WettiGrünen und die FIKO haben für dasselbe Konto einen Antrag eingereicht.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission:

Antrag:

Die Position ist um Fr. 55'000 zu erhöhen.

Begründung:

Über diesen Betrag haben wir bereits im Einwohnerrat abgestimmt. Es geht um die Integration des Klosters Wettingen ins Museum Aargau. Diese Position wurde im Budget fälschlicherweise nicht nachgeführt. Es handelt sich bei der Erhöhung von Fr. 55'000 also um eine technische Bereinigung.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag der FIKO um Erhöhung des Betrags bei Konto 3110.3636.01 von Fr. 185'000 um Fr. 55'000 auf Fr. 240'000 folgenden Beschluss:

Der Antrag auf Erhöhung wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Oberholzer Christian:

Antrag:

Erhöhung der Betrags von Fr. 185'000 um Fr. 60'000 auf Fr. 245'000.

Begründung:

Letztes Jahr bin ich schon hier gestanden und habe mich gegen die Kürzung der Budgetposition „Kulturelle Beiträge“ eingesetzt.

Damals habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die Kulturbeiträge in den letzten Jahren permanent gekürzt worden sind. Mit der letztjährigen Kürzung von weiteren Fr. 60'000 wurde auch darauf hingewiesen, dass jetzt die Legislaturbeiträge an die Vereine gekürzt werden müssen, die jeweils über vier Jahre vergeben werden.

Ich bin überzeugt, dass die hier Anwesenden direkt entsprechende Rückmeldungen über die Folgen erhalten haben, denn viele dieser Institutionen waren vorher schon am Limit.

Hier geht es um Wettinger Vereine, die zum Teil schon über Generationen mit ihrem Einsatz ihren Anteil an der kulturellen Vielfalt in Wettingen leisten.

Die Diskussionen heute zeigen aber wieder, dass die Vorstellungen über einen attraktiven Lebensraum sehr unterschiedlich sind.

Wir haben die Hoffnung, dass dies vielleicht der Weckruf ist, zu realisieren, dass die finanzielle Zitrone in Wettingen ausgepresst ist und jetzt nur noch der Matsch übrigbleibt.

Die Fraktion SP/WettiGrünen beantragt die Budgetposition zu erhöhen. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Rey Philippe, Gemeinderat: Zähneknirschend gebe ich zu, dass der Gemeinderat diesen Kürzungsantrag beantragte seinerzeit. In diesem Sinne kann ich dazu nichts sagen.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag der SP/WettiGrünen um Erhöhung des Betrags bei 3110.3636.01 von Fr. 185'000 um Fr. 60'000 auf Fr. 245'000 folgenden Beschluss:

Der Antrag auf Erhöhung wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Ressort 5 Soziale Sicherheit, 579 Fürsorge, übriges, Seite 37, Konto 5793.3136.01 Projekte/Präventionsmassnahmen

Fricker Martin:

Antrag:

Kürzung des Betrags von Fr. 43'000 um Fr. 7'660 auf Fr. 35'500.

Begründung:

Ursprünglich war diese Position als Pilotprojekt 2019-2021 gedacht und fand nun stillschweigend einen festen Platz im Budget.

Ursprünglich waren Fr. 25'000 für ein nicht notwendiges Angebot, von dem bereits mehrere Weitere existieren, gedacht. Damals waren CVP und SVP mehrheitlich dagegen. Bereits sind einige Gemeinden abgesprungen (Spreitenbach, Killwangen). Danach wurden Fr. 35'000 beantragt. Jetzt sind wir bei Fr. 43'000. Für den steigenden Betrag wird als Begründung die vermehrte Werbung geltend gemacht.

Rey Philippe, Gemeinderat: Hier besteht wohl ein kleines Missverständnis. Das ist keine freiwillige Leistung sondern ein Auftrag des Kantons, welcher diese Integrationsbemühungen so vorbestimmt.

In Wettingen haben wir rund 5'000 ausländische Staatsangehörige. Diese 5'000 Menschen werden nirgends abgeholt und haben keine Anlaufstelle ausser die sogenannte RIKO (Regionale Integrationskommission). Ich bin glücklich darüber, dass wir fünf Gemeinden dieses Projekt, über eine fünf jährige Entwurfsphase, realisieren konnten und in Zusammenarbeit mit dem Kanton nun äusserst erfolgreich betreiben. In einem Jahr konnten wir über 1'000 Fälle behandeln, was die Gemeinden alleine nicht stemmen könnten, jedenfalls nicht zu einem solchen Betrag.

Dazu kommt, dass mit dem Kanton Aargau und diesen anderen vier Gemeinden eine Leistungsvereinbarung besteht und wir nicht einfach aussteigen können. Es handelt sich hier um Beträge, die einerseits aus Sockelleistungen bestehen, andererseits aus Beiträgen, welche proportional zur Bevölkerung berechnet werden. Wenn wir aus dieser Vereinbarung austreten, können wir den Auftrag des Kantons bestimmt nicht auf dem gleichen Niveau erfüllen. Das ist die wohl günstigste Variante.

Übrigens: Ab 2022 tritt Birmenstorf ein und Spreitenbach überlegt sich ebenfalls einen Beitritt.

Das ehemalige Pilotprojekt hat sich als Vorzeigeprojekt entwickelt und einige Gemeinden haben unser Projekt kopiert. Ein Ausstieg von Wettingen wäre also nicht nur peinlich, sondern teuer, denn wir wären gezwungen, eine andere Lösung zu finden und Personal sowie Infrastruktur aufzustocken. Wir sind froh um diese Zusammenarbeit. Alles andere ist schlecht gerechnet.

Fricker Martin: Ich spreche nicht von einem Ausstieg, sondern von bereits existierenden und sehr engagierten Organisationen (z. B. Kirche, Caritas etc.). Ich möchte festhalten, dass es nicht so ist, dass wir als Gemeinde mitmachen müssen, Killwangen und Spreitenbach bewiesen das.

Ernst Manuela: Was machen die Gemeinden die ausgestiegen sind, wenn es ein Auftrag des Kantons ist?

Rey Philippe, Gemeinderat: Eine solche Frage hätte direkt an die Gemeinde Spreitenbach gerichtet werden sollen. Ich kann euch versichern, Spreitenbach hat eine teurere Lösung und Killwangen hat viel weniger ausländische Staatsangehörige (Wettingen hat 27 % und Killwangen ca. 15 %). Was auch immer für Lösungen diese Gemeinden haben, sie sind teurer als unsere. Wir können nicht aus diesem Verbund austreten ohne Konsequenzen auf Leistungen.

Natürlich gibt es andere Organisationen und Vereine aber das sind freiwillige Leistungen, das ist nicht dasselbe. Unser Angebot ist eine offizielle Sache, eine Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige und diese Anlaufstelle können wir nicht in der Verwaltung integrieren, da uns ganz klar die personellen Ressourcen fehlen.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte nochmals betonen: Es gibt schon auf bundesrechtlicher Ebene eine Verpflichtung an die Kantone die Integrationsdienstleistung zu erbringen und der Kanton Aargau hat diese Verpflichtung konkretisiert. Das ist nicht nur eine freiwillige Leistung. Natürlich könnte man eine Zeit lang Vollzug und Mitarbeit verweigern und es wird eine Weile dauern, bis der Bund handeln würde, aber es handelt sich hier um einen gesetzlichen Auftrag unseres Rechtssystems. Im Prinzip können wir nicht nichts tun, denn das wäre illegal.

Gähler Judith: Meine Frage richtet sich an Philippe Rey: Können wir Einfluss auf die Kosten in diesem Verband nehmen, und wenn ja, wie?

Rey Philippe, Gemeinderat: Ja und Nein. Wir haben Leistungen, welche wir erbringen müssen da sie gesetzlich vorgeschrieben sind. Was diese Leistungen kosten, berechnen wir. Es gibt eine Steuergruppe aus diesen fünf Gemeinden, welche sich zwei bis drei Mal jährlich trifft. Diese Steuergruppe stellt ein Budget zusammen mit dieser Fachstelle. Aufgrund dieses Budgets werden die Kosten auf die Gemeinden verteilt. Also eine jetzige Einflussnahme auf das nächstjährige Budget ist schwierig. Wir können in dieser Steuergruppe und in deren Budgetierungsphase sagen, wir stimmen dem zu, jedoch nur vorbehältlich der Zustimmung des Einwohnerrats.

Wenn wir jetzt jedoch eine Kürzung vornehmen, dann heisst das konkret, dass wir weniger Leistungen möchten. Diese Leistungskürzung würde eine sehr komplizierte Situation auslösen und ein solches Szenario haben wir uns bis jetzt auch noch gar nicht überlegt. Eine solche absurde Kürzung hatte ich mir auch nicht vorgestellt. Es ist vergleichbar, als würde man mitten in einem Fussballspiel die Regeln ändern.

Benz Thomas: Ein Fussballspiel ist ein gutes Beispiel. Wir sind von Fr. 25'000 ausgegangen und jetzt wird es von Jahr zu Jahr teurer, und das bei einem Pilotprojekt. Bei dieser jetzigen Diskussion geht es nicht darum, dass wir das Recht oder unsere Pflicht nicht wahrnehmen wollen, sondern man kann diese Leistung anpassen. Wir vom Rat erwarten, dass sich Wettingen in diesem Verband so einbringt, dass man zu den damaligen vereinbarten Konditionen die Leistungen erhält. Die Regeln können auch in diese Richtung nicht ändern, also kann der Preis auch nicht einfach ändern.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Mir scheint, dass der Rat nun sehr überrascht ist von diesem Antrag. Man weiss nicht genau, wie es weitergehen soll. Es kommen sehr viele Fragen. Kann man diesen Antrag nicht in einem Vorstoss einbringen? So kann man dies auch verbindlich abklären, prüfen und schlussendlich darüber entscheiden.

Wassmer Christian: Ich habe eine Verständnisfrage: Verschiedene Gemeinden waren in diesem Verbund, davon sind zwei Gemeinden bereits abgesprungen und dann doch wieder dazu gestossen oder mittlerweile neu beigetreten (Birmenstorf). Beteiligt sich Birmenstorf an den Initialkosten, welche nur die Pilotgemeinden hatten? Müssen sich die neuzustossenden Gemeinden in diesen Verbund einkaufen?

Und noch eine Frage zum Kantonsbeitrag: Wie beteiligt sich der Kanton Aargau? Ist das proportional an den Gesamtkosten oder ein Fixbetrag? Erhalten wir bei grösseren Kosten auch einen grösseren Beitrag?

Rey Philippe, Gemeinderat: Ich möchte mich nochmals an das Votum von Markus Maibach wenden: Die FIKO hat dieselbe Frage gestellt und genau diese Frage habe ich mit einer vierseitigen Antwort beantwortet. Traut der Einwohnerrat der FIKO eine genaue Prüfung nicht zu?

Diese Thematik wurde von allen Seiten begründet. Wäre dieser Antrag frühzeitig eingetroffen, dann wären Sie alle mit dieser vierseitigen Erklärung bedient worden. Anfangs waren es sieben Gemeinden, welche sich für eine gemeinsame Lösung interessierten. Nach langen Verhandlungen haben sich zwei Gemeinden entschieden, selber eine Lösung zu finden. Nach Erfolglosigkeit sind diese Gemeinden wieder an einer Rückkehr interessiert. Aber auch die neuen und rückkehrenden Gemeinden müssen einen Sockelbeitrag leisten und sich in diesen Verbund einkaufen.

Der Kanton bezahlt nichts an einzelne Gemeinden, soviel ich weiss. Sie bezahlen an Verbunde und regionale Regelungen einen 60 %-Beitrag. Also wenn wir uns für eine Einzelnummer entscheiden, bin ich mir nicht sicher, ob der Kanton Aargau dies unterstützen würde. Konnte ich auch in den vergangenen 10 Minuten nicht abklären.

Scherer Kleiner Leo: Es ist nicht nur so, dass man sich an gesetzliche Vorschriften halten soll, sondern auch an abgeschlossene Vereinbarungen und Verträge. Wenn aus dieser Vereinbarung nun Fr. 43'000 entstehen, ist das gestützt auf diese Vereinbarung und macht diesen Betrag zu einer gebundenen Ausgabe, die man nicht willkürlich ändern kann. Ich möchte anregen, dass bei einem tatsächlichen Sparwillen bei dieser Position ein Vorstoss betr. Austritt oder Änderung dieser Vereinbarung gemacht werden sollte und nicht mittels Antrag in der Budgetdebatte.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Kürzung des Betrags beim Konto 5793.3136.01 von Fr. 43'000 um Fr. 7'660 auf Fr. 35'500 folgenden Beschluss:

Der Kürzungsantrag wird mit 19 Ja : 26 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt.

**Ressort 5 Soziale Sicherheit, 544 Jugendschutz, Seite 46, Konto 5440.3636.00
Beiträge Private Organisationen****Chapuis François, Präsident Finanzkommission:****Antrag:**

Erhöhung dieser Position um Fr. 36'000, aus buchhalterischen Gründen.

Begründung:

Es handelt sich um eine technische Erhöhung. Es geht um die Umbuchung von Fr. 36'000 betr. Jugendschutz. Konkret heisst das, an einer anderen Position werden Fr. 36'000 gestrichen, um an dieser Stelle diese Fr. 36'000 zu erhöhen. Der Gemeinderat stimmt diesem Antrag zu, sowie 7 : 0 FIKO-Mitglieder.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Erhöhung um Fr. 36'000 beim Konto 5440.3636.01 folgenden Beschluss:

Dem Antrag der FIKO wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Ressort 6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung, 615 Gemeindestrassen, Seite 48,
Konto 6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter****Baumann Jürg:****Antrag:**

Kürzung der Position von Fr. 170'000 um Fr. 25'000 auf Fr. 145'000.

Begründung:

Diese Position wurde um Fr. 58'000 erhöht. Es handelt sich hierbei um Zustandsanalysen von Kunstbauten (Brücken, Stützmauern, Bacheinläufe etc.). Ebenfalls ist eine Korrosionsschutzmassnahme der Paul Scherer-Bücke vorgesehen und ich denke, das gehört nicht in diese Position. Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen, ob die Korrosionsschutzmassnahme der Paul-Scherer-Brücke wirklich in diese Position soll.

Zusätzlich gehören unter diese Position einige Strassenprojekte, welche neu starten. Die Fraktion SVP ist der Meinung, dass die Zustandsanalysen der Kunstbauten intern gelöst werden sollen. Ich bin der Meinung, dass auf der Verwaltung genügend kompetente Mitarbeitenden arbeiten.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Bei dieser Position handelt es sich auch um die SBB-Passerelle „Rosenau“ oder Rad-/Gehweg-Steg Autobahn. Nach diesem Regensommer müssen auch die ganzen Bachdurchlässe überprüft werden. Das sind einige, die in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Ebenfalls liegt eine Petition zu Tempo 30 an der Märzengasse vor. Auch dort benötigen wir Budget für Gutachten, welche die Verkehrssituation beurteilen.

Für all diese Baustellen benötigen wir diese Position. Die Bauverwaltung hat die Zeit nicht, diese vertieften Gutachten und Abklärungen zu machen.

Ich bitte Sie, diesem Gesuch zur Kürzung nicht Folge zu leisten.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Kürzung von Fr. 25'000 beim Konto 6150.3132.00 folgenden Beschluss:

Der Kürzungsantrag wird mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Ressort 8 Volkswirtschaft, 814 Produktionsverbesserungen Pflanzen, Seite 56, Konto 8140.3637.00 Beiträge an private Haushalte

Chapuis François, Präsident Finanzkommission:

Antrag:

Erhöhung dieser Position um Fr. 2'000.

Begründung:

Diese Position ging leider vergessen aufgrund der Zuständigkeitsänderung in der Verwaltung. Die FIKO ist der Meinung, auch wenn es sich um einen kleinen Betrag handelt, ist es sehr wichtig, den Betrag für unsere Bienenvölker und Imker zu budgetieren.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Erhöhung um Fr. 2'000 beim Konto 8140.3637.00 folgenden Beschluss:

Der Erhöhung wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Ressort 9 Finanzen und Steuern, 990 Nicht aufgeteilte Posten, Seite 60, Konto 9901.3134.00 Sachversicherungsprämien

Baumann Jürg:

Antrag:

Erhöhung der Position um Fr. 45'000.

Begründung:

Anscheinend ging diese Position vergessen.

Maibach Markus, Vizeammann: Es ist richtig. Vielen Dank! Aufgrund der Zero-Base-Methode ging diese Position vergessen. Diesen Betrag benötigen wir und er ist sehr

wichtig.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Erhöhung um Fr. 45'000 beim Konto 9901.3134.00 folgenden Beschluss:

Der Erhöhung wird mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Stellenplan**Ressort 1 öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, 1116 Regionalpolizei****Chapuis François, Präsident Finanzkommission:****Antrag:**

Polizeiaspiranten sollen im Stellenplan der Gemeinde Wettingen aufgenommen werden.

Begründung:

Es soll ähnlich wie bei den Lernenden laufen. Die Aspiranten sollen transparent aufgeführt werden, insbesondere da im Polizeibereich der Aufwuchs angestrebt wird. Bisher war das nicht so. Der Gemeinderat steht hinter diesem Antrag.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Zur Korrektur: Es gibt kein Aufwuchs bei der Regionalpolizei. Das sind einzig und alleine Ausbildungsstellen und wir sind der Auffassung, dass diese aufgeführt werden analog der Praktikanten. Es geht nicht um Aufwuchs sondern um Bestandswahrung.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Richtig. Es handelt sich um Aspiranten und Praktikanten, welche im Stellenplan nicht enthalten sind.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Sie sind in der Liste nicht geführt. Sie werden aufgeführt, aber gehören bis jetzt nicht zum Stellenplan.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich verstehe das so, dass die Aspiranten aufgeführt sind, jedoch nicht zum Stellenplan gehören und der Antrag zielt darauf ab, dass diese nun auch zum Stellenplan gehören.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Antrag lautet so, dass die Aspiranten neu aufgeführt werden wie Praktikanten und Lernende unter der Rubrik „Polizeiaspiranten“. Aspiranten sind in der Ausbildung und zählen nicht zum Stellenplan, da sie nicht als Aufwuchs gelten, sondern zur Bestandswahrung.

Die Regionalpolizeien sind, gemäss kantonalem Polizeigesetz, für ihren Nachwuchs (und nicht Aufwuchs) selbst zuständig.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Integration der Polizeiaspiranten im Stellenplan der Gemeinde Wettingen folgenden Beschluss:

Der Integration wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Erfolgsrechnung Artengliederung

Ressort 3 Aufwand, 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Burger Alain: Wir beziehen uns nochmals auf den Antrag von vorher, ich möchte auf eine mündliche Wiederholung des Antrags verzichten.

Antrag:

Erhöhung der Gesamtlohnsumme, Kontonummer 3010, um 0.5 %, Fr. 90'000. Dazu kommen 18 % bei 305 Arbeitgeberbeiträge. Es handelt sich also um eine Lohnerhöhung des Personals.

Begründung:

Wie im vorgängigem Votum erwähnt.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Herzlichen Dank für diesen Antrag. Der Gemeinderat wird diesen jedoch ablehnen. Wir haben in der Personalkommission intensiv über die Lohnsituation diskutiert und dem Personal früh bekundet, dass keine Lohnanpassungen vorgenommen werden, vor allem nicht während des Coronajahres. Unser Personal musste nicht um ihre Stelle bangen, wie dies in anderen Branchen üblich war. Wir haben in der Personalkommission einen Antrag vom Personal erhalten, der Ihrem Antrag entspricht.

Der Gemeinderat hat sich aufgrund der Gesamtsituation und in Abklärung mit dem Personalverband für die 0-Runde entschieden.

Dazu noch eine rechtliche Erläuterung: Wir hatten bereits eine ähnliche Situation, in der man eine Sachart pauschal reduzieren wollte. Dazumal ging es um einen Sachaufwand, in dem es diverse Positionen gibt, die nicht unbedingt miteinander im Einklang sind, aber alles Sachaufwände sind, das sieht hier etwas anders aus.

Herr Süss vom Gemeindeinspektorat sagte, dass es lediglich seine Auffassung ist, es ist nicht rechtlich gesichert. Aber man ist der Auffassung, dass dieser Antrag so gestellt werden kann, da es sich um eine reine Artenposition handelt und Sie deshalb über diesen Antrag abstimmen können.

Fricker Martin: Ich empfehle Ihnen, dem Gemeinderat zu folgen. Wir haben dieses und das letzte Jahr für das Personal der Gemeinde mehr Ferientage bewilligt. Wir haben den Vaterschaftsurlaub ausgebaut und auch auf die Regenbogenfamilie ausgeweitet. Das Personal hat keine Krankentaggeld- und Unfallprämienabzüge und eine Luxuslösungen bei BVG. Die Personalleistungen sind überdurchschnittlich im Vergleich zur Privatwirtschaft.

Wir reden hier immer von „keine Lohnerhöhungen“, was schlicht und ergreifend falsch ist. Die Gemeinde hat jedes Jahr Mutationsgewinne. Diese entstehen, weil älteres Personal pensioniert wird oder austretendes Personal durch weniger verdienende Personen ersetzt wird. Diese Mutationsgewinne stehen der Gemeinde jedes Jahr zur Verfügung für individuelle Lohnanpassungen und Lohnerhöhungen. Jährlich gibt es Lohnerhöhungen in dieser Gemeinde, Mutationsgewinne bewegen sich im Rahmen von Fr. 100'000. Deshalb der dringende Appell an den Rat, diesen Antrag abzulehnen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Zur Korrektur: Es ist nicht so, dass all dieses Geld für Lohnerhöhungen eingesetzt wird. Wir müssen strukturelle Anpassungen vornehmen, was durchaus auch für individuelle Lohnerhöhungen eingesetzt wird.

Diese Lohnerhöhungen betreffen nur einzelne und werden vorgenommen, wenn das Lohnniveau strukturell angepasst wird und einzelne Mitarbeitende nicht mehr ins Lohnsystem oder in die bestehende Einstufung passen.

Solche Spezialfälle gibt es immer wieder. Ebenfalls müssen teilweise ganze Abteilungen dem Benchmark angepasst werden (z. B. Steueramt). Diese Themen nennt man strukturelle Anpassungen und die werden nicht separat budgetiert und profitieren dann von diesen Mutationsgewinnen.

Bei gewissen Abteilungen (z. B. Polizei) gibt es Gradanpassungen, diese werden dann separat budgetiert.

Scherer Kleiner Leo: Begriffsverwirrungen sollten hier vermieden werden. Was von unserer Fraktion beantragt wird, ist keine eigentliche Lohnerhöhung, sondern eine Lohnanpassung. Wir haben einen Reallohn und einen Nominallohn. Nach zwei Nullrunden und einer kleinen Inflation ergibt das eine Senkung des Reallohns. Die Prognosen, zum Teil coronabedingt, sehen eine Teuerung von 0.5 - 1 % vor. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, dem Gemeinderat einen minimalen Spielraum zu geben, damit zumindest ein Teil dieses Kaufkraftverlusts, welcher mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit eintreffen wird, durch eine kleine Anpassung kompensiert werden kann.

Wassmer Christian: Im letzten Jahr hatten wir - 0.7 %, also hatten alle bereits eine Realloohnerhöhung. Das ist aber nicht mein springender Punkt. Ich möchte auf die Sachartendiskussion zurückkommen. Roland Kuster stellt es so dar, als hätten wir damals die Sachgruppe 31 pauschal und querbeet kürzen wollen. Das war aber nicht so, denn wir griffen auf die unterste Stufe der Sacharten (z. B. Betriebsstoffe) ein, also sehr gezielte Kürzungen. Damals lehnte sich Leo Scherer Kleiner dagegen auf und hatte damit vermeintlich rechtlichen Erfolg.

Wieso das jetzt beim Personal möglich sein sollte, verstehe ich nicht. Hier haben wir es mit einem Präjudiz zu tun und ich möchte, dass diese Frage vom Gemeinderat abschliessend geklärt wird, auch für künftige Sitzungen. Nur so wissen wir, was wir dürfen und was nicht.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Wir hatten leider keine Chance entsprechende Vorabklärungen zu machen. Dieser Antrag ging für eine vertiefte Prüfung zu kurzfristig ein. Wir können uns nur auf die Aussage von Herr Süss stützen, welcher selber die rechtliche Klärung nicht vollziehen konnte.

Scherer Kleiner Leo: Wir werden nie eine eindeutige und absolut verbindliche Antwort erhalten, ob dies nun zulässig ist oder nicht, ausser mit einem Rechtsverfahren. Nie werden wir von einem kantonalen Beamten, egal wie hoch dieser gestellt ist, mit hundertprozentiger Garantie eine Aussage erhalten, ausserhalb des Rechtmittelverfahrens.

Meine Aussage damals war, wenn der Einwohnerrat eine solche pauschale Kürzung beschliesst, werde ich dies mit einer Stimmrechtsbeschwerde anfechten, weshalb der Antrag damals vom Einwohnerrat abgelehnt wurde. Meine Empfehlung ist, dass wir diesen Antrag annehmen und die Gegner diesen anfechten, dann haben wir einen verbindlichen Entscheid.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich bitte den Gemeinderat diese Frage zu klären und dem Einwohnerrat zu beantworten, was wir künftig dürfen und was nicht.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Erhöhung der Lohnsumme um 0.5 % folgenden Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Investitionsrechnung

Ressort 2 Bildung, 217 Schulliegenschaften, Seite 83, Kontonummer 2170.5290.001 Strategie-Studie Schulkreise Budgetkredit 2022

Fricker Martin:

Antrag:

Der Budgetkredit soll in ein Verpflichtungskredit umgewandelt werden.

Begründung:

Wir haben kein Vertrauen mehr in die Firma, die in den letzten Jahren die Schulraumplanung machte, deshalb soll der Gemeinderat einen Traktandenantrag stellen. Wir möchten Einfluss darauf nehmen und die Sicht des Einwohnerrats kundgeben.

Egloff Martin, Gemeinderat: Ein Kreditantrag ist für die Masterplanung „Schulraum“, für den wir bereits eine Arbeitsgruppe gebildet haben und bereits in der Ausführungsphase sind. Wir bitten Sie, diesem Antrag nicht stattzugeben. Wir benötigen dieses Geld, um diese Masterplanung, die im Einwohnerrat beantragt wurde, zu erarbeiten und diese Ihnen im Frühling zu unterbreiten.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Umwandlung in einen Verpflichtungskredit folgenden Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Ressort 2 Bildung, 217 Schulliegenschaften, Seite 84, Kontonummer 2173.5040.001 Ausbau für TTG, Budgetkredit 2022

Fricker Martin:

Antrag:

Umwandlung in ein Verpflichtungskredit.

Begründung:

So kann der Einwohnerrat darüber debattieren.

Egloff Martin, Gemeinderat: Das würde einen Umweg bedeuten, ist aber nicht auszuschliessen. Ich bitte Sie, diesem Antrag nicht statt zu geben. Es ist schlussendlich nur ein Mehraufwand für die Verwaltung und das ist nicht nötig.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Umwandlung in einen Verpflichtungskredit folgenden Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Ressort 2 Bildung, 217 Schulliegenschaften, Seite 84, Kontonummer 2175.5040.003 Bezirksschule-Erweiterung

Campino Damien: Hier fehlt der Kredittyp. Ich nehme an, das müsste ein Verpflichtungskredit sein.

Maibach Markus, Vizeammann: Der Hinweis von Damien Campino ist teilweise richtig. Durch die Ablehnung vom 2. September 2021 muss es konsequenterweise aus dem Budget. Wir haben nächstes Jahr nicht vor mit einem Verpflichtungskredit über 6 Mio. Franken zu kommen, sondern wir machen zuerst diese Masterplanung und eine neue Auslegeordnung. Im Finanzplan ist dies nun so vorerst berücksichtigt, aber man kann dies im Budget streichen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wenn man es streicht, dann benötigt es auch keine Umwandlung. Also ist der Antrag von Damien Campino obsolet.

Campino Damien: Wir ändern den Antrag auf Streichung statt Änderung.

Antrag: Streichung der Position beim Konto 2175.5040.003.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Streichung der Position folgenden Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Ressort 2 Bildung, 217 Schulliegenschaften, Seite 84, Kontonummer 2175.5040.002 Schulraum-Container

Wassmer Christian: Ich habe zu dieser Position eine Frage. Im März wurden durch den Einwohnerrat 1.3 Mio. Franken bewilligt, es gibt eine Budgetposition im letzten Jahr und wir haben Fr. 100'000 im Budget 2022. Ich gehe davon aus, dass diese Fr. 100'000 von diesen bereits bewilligten 1.3 Mio. Franken sind und nicht ein zusätzlicher Budgetkredit für allfällige Umbauten, welchen wir somit stillschweigend bewilligen würden. Ist meine Annahme korrekt?

Egloff Martin, Gemeinderat: Deine Annahme ist korrekt.

Baumann Jürg: Ich habe ebenfalls eine Frage zu dieser Position gestellt und folgende Antwort von Gemeinderat Martin Egloff und der Verwaltung erhalten. Ich zitiere: „Das ist die Miete für das längere Bestehen der Containeranlage.“

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Es handelt sich um einen laufenden Verpflichtungskredit und nicht um eine neue Ausgabe.

Baumann Jürg: Ich habe nichts zu korrigieren. Die Antwort lautete, dass es sich um die längere Miete für die Container handelt und nicht um einen Teil des Verpflichtungskredits. Ich habe diese Antwort so erhalten und ich verlasse mich auf diese Antwort.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Das Thema ist für mich erledigt. Ich bitte euch, dies bilateral zu klären.

Ressort 2 Bildung, 217 Schulliegenschaften, Seite 84, Kontonummer 2175.5040.004 Altbau: Ersatz Hauptverteilung Strom Budgetkredit 2022

Baumann Jürg:

Antrag:

Streichung des Budgetkredits um Fr. 105'000.

Begründung:

Es handelt sich bei dieser Position um die Auswechslung der Hauptverteilung (HV) bei der Bezirksschule. Bei der Position 2175.5290.003 ist man an einer Analyse über die Instandsetzung dieses Bezirksschulhauses dran. Unsere Fraktion sieht nicht ein, dass man zuerst diese Sanierung und zeitgleich eine Analyse durchführt. Die Analyse über den Zustand dieser Liegenschaft soll zuerst gemacht werden und erst dann entscheiden wir, ob wir diese HV auswechseln oder nicht. Die jetzige HV stellt, glaube ich, keine Gefährdung für Personen dar.

Egloff Martin, Gemeinderat: Beim Konto 2175.5290.003 handelt es sich um die Weiterplanung des Bezirksschulhauses. Wie uns allen bekannt ist, wurde der Modulbau Bezirksschule abgelehnt. Es ist nun nicht so, dass wir die Hände in den Schoß legen und nichts machen. Wir müssen weiter planen und genau in dieser Planung fliessen auch Provisorien ein. 2023 müssen die Schulräume zur Verfügung stehen und dieser Betrag, ist für die Weiterplanung eingestellt.

Beim Konto 2175.5040.004 handelt es sich um die Hauptverteilung. Das Elektrische muss ersetzt werden.

Baumann Jürg: Klar, es gibt Vorschriften, an die wir uns halten müssen. Aber in diesem Falle könnte man diese Arbeiten etwas hinauszögern. Meiner Meinung nach, steht es falsch geschrieben, denn es steht: „[...] und Instandsetzung der Schulanlage“.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Damit kein Durcheinander entsteht, bleiben wir vorerst beim ersten Antrag betr. Streichung von Fr. 105'000.

Bader Markus: Besteht ein Auftrag vom Eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI), dass diese HV jetzt gewechselt werden muss? Wenn keine Sicherheitsmängel bestehen, kann man diese Position auch vorerst belassen. Ich meine, es spielt keine Rolle, ob diese HV erst nächstes Jahr gewechselt wird. Solange keine Sicherheitsbemängelung vom ESTI vorliegt, muss dies nicht zwingen gemacht werden.

Egloff Martin, Gemeinderat: Mit einer solch kurzen Vorlaufzeit, kann ich keine richtige Antwort geben. Es wäre schön gewesen, wenn dieser Antrag früher gekommen wäre. Ich gehe davon aus, dass die Bauverwaltung dies so budgetierte, weil auch ein gewisser Auftrag besteht.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Als Ergänzung: Auf der Seite 28 steht die Erläuterung: „Die Hauptverteilung ist nicht mehr vorschriftskonform und sollte unbedingt

den heute gültigen Sicherheitsvorschriften des ESTI angepasst werden.“

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag um Streichung des Budgetkredits folgenden Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Ressort 3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche, 321 Bibliotheken, Seite 86, Kontonummer 3210.5040.002 Umbau für Erwachsenenbereich im UG

Campino Damien: Wir glauben, dass sich hier ein Fehler eingeschlichen hat. Nun bin ich auf Erklärungshilfe angewiesen.

Maibach Markus, Vizeammann: Es ist richtig. Der Betrag ist nicht erklärt und daher ein Fremdkörper und ist zu streichen und durch einen Verpflichtungskredit (welcher der Einwohnerrat bereits bewilligte) über Fr. 180'000 zu ersetzen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Der Betrag von Fr. 190'000 wird mit Fr. 180'000 ersetzt. Es benötigt dafür keine Abstimmung, da der Verpflichtungskredit bereits im Einwohnerrat genehmigt wurde.

Ressort 6 Verkehr, 622 Regionalverkehr, Seite 88, Kontonummer 6220.5010.002 Bushaltestellen - BehiG Alb. Zwyszigstrasse Budgetkredit 2022 und Kontonummer 6220.5010.003 Umsetzungskonzept Bushaltestellen BehiG Budgetkredit 2022

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Die Fraktion SVP möchte sich nicht selber dazu äussern, ich verlese den gestellten Antrag:

Antrag:

Umwandlung von beiden Budgetkrediten in Verpflichtungskredite

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass dies Massnahmen sind, welche man umsetzen muss. Es handelt sich um Umbauten für behindertengerechte Bushaltestellen.

Maibach Markus, Vizeammann: Das ist ein Obligatorium aus dem Behindertengleichstellungsgesetz bei den Bushaltestellen. Es ist ein Obligo des Kantons, welcher bekanntlich für den ÖV zuständig ist. Daher ist es ein Auftrag, den wir realisieren müssen. Wenn der Einwohnerrat dies umwandeln möchte, können wir das gerne tun, jedoch wäre dies dann einfach ein Mehraufwand für Verwaltung und Rat und kein zusätzlicher Nutzen aus Sicht des Gemeinderats.

Fricke Martin: Wir bestreiten nicht, dass dies gemacht werden muss. Damit wir jedoch als Einwohnerräte über die Kosten debattieren können, beantragen wir eine Umwandlung in einen Verpflichtungskredit.

Scherer Kleiner Leo: Hier handelt es sich um eine technische Angelegenheit. Die Bushaltestellen müssen behindertengerecht umgebaut werden. Das bedeutet, dass z. B. die Höhe der Randsteine angepasst wird. Hier politisch zur Kostenoptimierung zu debattieren, ergibt für mich wenig Sinn.

Abstimmungen:

Der Einwohnerrat fasst bei den Anträgen um Umwandlung in einen Verpflichtungskredit bei den Konten 6220.5010.002 und 6220.5010.003 folgende Beschlüsse:

Die Anträge werden beide grossmehrheitlich abgelehnt.

Schlussabstimmung Budget 2022**Antrag der SP/WettiGrünen:**

Das Budget 2022 inkl. allfällig vorgängig beschlossene Änderungen wird mit einem Steuerfuss von 100 % genehmigt.

Das heisst, die SP/WettiGrünen stellt den Antrag um Steuerfusserhöhung von 5 %.

Knaup Adrian: Ihr habt es vielleicht noch nicht bemerkt, aber hier in der Mitte des Saals steht ein grosser Topf. Gefüllt mit Eingemachtem. Und dieser Brei ist heiss, denn es geht jetzt nämlich ans Eingemachte: Den Steuerfuss. Und Achtung, wir fangen gleich wieder an, um den heissen Brei zu reden.

Unsere Gemeinde ist ein guter Ort, wir sind ein gutes Produkt auf dem Markt. Es wird viel investiert und gut gearbeitet und dafür bezahlen wir einen anständigen Preis und keinen Discounter Preis.

Wir sind gerne bereit, für Wettingen Steuern zu bezahlen und weil ich für Wettingen denke und nicht nur für mich, bezahle ich auch gerne Steuern für Sachen, die ich nicht selber nutze, aber die für andere wichtig sind.

Man kann noch mehr Zitronen auspressen und man könnte noch an einigen Orten sparen. Aber es gibt Leute, die wollen das nicht und dann können wir diese Einsparungen auch nicht vornehmen.

Wir brauchen doch ein lebendiges Wettingen, an dem wir uns gemeinsam erfreuen können, und nicht ein zusammengespartes Wettingen, wo sich alles darum dreht, dass der Steuerfuss unbedingt nicht über 95% sein darf.

Ich höre und lese rundherum, dass „aus finanzpolitischen Gründen“ eine Steuerfusserhöhung unumgänglich ist. Genauso ist es, denn wir sind uns mittlerweile einig, dass der Steuerfuss erhöht werden muss aber wir haben Angst, in diesen heissen Brei zu fassen.

Wir sind die Vertreter der Stimmbevölkerung. Wenn wir jetzt also keine Steuerfusserhöhung vornehmen, ist das nichts anderes als ein Betrug an der Wettinger Bevölkerung. Wir gaukeln ihnen vor, dass es noch andere Wege gäbe, dabei haben wir bereits erkannt, dass der Abbau allein nicht genügt, es braucht zwingend höhere Einnahmen. Und jene, die davor immer noch die Augen verschliessen, werden ja spätestens nächstes Jahr eines Besseren belehrt, dann wird der Kanton diesen Entscheid fällen, weil er so überfällig ist. Aber dann können wir ja dem bösen Kanton die Schuld zuschieben.

So sieht für mich politische Verantwortung nicht aus. Es liegt an uns, der Bevölkerung beizubringen, warum eine Steuerfusserhöhung unumgänglich ist, lieber früher als später. Statt auf billige populistische Floskeln zurückzugreifen, die vorgaukeln, es gäbe noch sehr viel Sparpotenzial, mit dem wir aus der Schuldsituation herauskommen.

Die Bevölkerung ist nicht grundsätzlich gegen eine Steuerfusserhöhung aber sie muss sie verstehen. Und da ist es jetzt an der Zeit, dass wir alle der Bevölkerung das verständlich machen. Spätestens nächstes Jahr müssen wir diesen Job sowieso machen. Warum also nicht schon jetzt? Wie bereits in einem Votum erwähnt: Die Frage ist nicht ob, sondern wann wir den Steuerfuss erhöhen.

Reden wir nicht länger um den heissen Brei, setzen wir uns lieber gemeinsam an den Topf und gehen ans Eingemachte. Habt den Mut, über euren Schatten zu springen und unserem Antrag auf Steuerfusserhöhung um 5% auf 100% jetzt zuzustimmen.

Wohlgemerkt: inklusive weiterhin sorgsamem Umgang mit den Finanzen. Dann werden wir merken, dass der Brei inzwischen gar nicht mehr so heiss ist, wie er mal war und dass das Eingemachte, wenn man es gemeinsam genießt, ganz fein ist.

Fricker Martin: Das Ziel des Plans muss dem Einwohnerrat und der Bevölkerung klar sein; es geht hier darum, die Steuereinnahmen so zu erhöhen um anschliessend problemlos Mehrausgaben bewilligen zu können, ohne sich mit den lästigen Finanzen herumschlagen zu müssen. Gespart wird auf lange Sicht nichts und es wird auch keinen Schuldenabbau geben. Auf diese Art und Weise soll nämlich das heitere Geldausgeben weitergehen. Man benötigt mehr Steuergelder und erzählt der Bevölkerung, dass man mit den Mehreinnahmen die Schulden zurückbezahlen will, aber sobald das Geld da ist, wird es nicht für den Schuldenabbau, sondern für den Konsum benötigt.

Die Fraktion SVP ist gegen jede Steuerfusserhöhung auf Vorrat. Eine Steuerfusserhöhung kann immer nur der letzte Ausweg sein, nachdem alle anderen Massnahmen ausgeschöpft und aufgebracht sind und soweit sind wir noch lange nicht. Ich bitte den Einwohnerrat, dieser Steuerfusserhöhung nicht zuzustimmen.

Widmer Franziska: Für alle diese, die es noch nicht bemerkten, solch bizarre Situationen (Erneuerung der HV bei der Bezirksschule vor der Planung der Schulanlage) schaffen wir, weil wir immer bis zum Ultimo und unter riesen Druck zuwarten. Mit etwas mehr Budget könnten wir solche Investitionen früher und nicht immer auf den letzten Drücker vornehmen. Hier geht es überhaupt nicht um Steuern auf Vorrat, sondern es geht darum die nötigen Investitionen vorzunehmen, wenn sie Sinn machen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Steuern auf Vorrat gibt es mit HRM2 gar nicht. Man darf keine Steuern auf Vorrat einnehmen.

Palit Orun: Es geht auch darum, in welche Richtung sich der Steuerfuss bewegt. Im ersten Moment ist dies nach oben. Was wir überdenken sollen, ist wie weit es nach oben gehen soll. Reden wir in einem Jahr noch von 5 %? Kann man irgendwann sagen, dass es 5 % runtergehen wird. Es ist wichtig für die Bevölkerung zu wissen, ob wir in einer attraktiven Gemeinde wohnen oder nicht.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Die Steuern gehen automatisch runter. Wenn die Rechnung zu viel Überschuss aufweist, müssen die Steuern runter.

Maibach Markus, Vizeammann: Wir planen, nächstes Jahr mit den Steuern hochzugehen, weil für eine jetzige Erhöhung das Verständnis der Bevölkerung durch den diesjährigen Überschuss fehlen würde. Wir müssen Fakten haben.

Steuern auf Vorrat: Wie bereits schon einige Male erklärt wurde: Wenn wir Schulden abbauen wollen, müssen wir Überschüsse generieren. Der Kanton hat hier keine rechtliche Handhabung, weshalb er damals eine Steuerfusserhöhung ablehnte. Gleichzeitig erwähnt er jedoch, dass dies beim zweiten Versuch allenfalls anders beurteilt werden würde. Ansonsten verweise ich auf den Finanzplan. Wenn das stimmt, was wir hier budgetiert haben, dann ist das nicht Steuern auf Vorrat, sondern nachrücken gemäss gesetzlichen Vorgaben. Wenn wir zu einem späteren Zeitpunkt die Investitionen tief halten können und die Selbstfinanzierung erhöhen können, können wir Schulden abbauen, dafür müssen wir aber Überschüsse produzieren. Hören Sie auf zu sagen, man wolle Steuern auf Vorrat sichern. Wichtig ist, dass wir momentan auf Schuldenabbau verzichten. Das ist der relevante Punkt. Die Schuldenlage in der heutigen Finanzsituation ist zwar nicht kritisch, aber langfristig ein Obligo.

Abstimmung:

Der Einwohnerrat fasst beim Antrag der SP/Wettigrünen um Erhöhung des Steuerfusses um 5 % folgenden Beschluss:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Da es meiner Meinung nach keine Rückkommensanträge gibt, fasse ich zusammen:

Die Auswirkungen aller Anträge und Budgetbeschlüsse wirken sich wie folgt auf das Budget aus:

Es gibt eine Ergebnisverschlechterung um - Fr. 119'000. Das operative Ergebnis ist neu - Fr. 3'366'773.

Schlussabstimmung:

Der Einwohnerrat fasst folgenden Beschluss:

Das Budget wird mit allen vorgängigen Änderungen mit einem Steuerfuss von 95 % genehmigt.

3 Ausgleich von Planungsvorteilen; Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen

Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen; Abschreibung (2021-0502)

Wolf Thomas: Bei der Einzonung und der gleichwertigen Umzonung entsteht ein grosser Mehrwert für die Landbesitzer. Auf diesen Mehrwert muss der Landbesitzer eine Mehrwertabgabe von 30 % abliefern. 10 % davon gehen an den Kanton Aargau und die restlichen 20 % an die Gemeinde Wettingen. Das ist in der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) der Gemeinde festgelegt aber nicht Bestandteil des neuen Reglements. Neben der reinen Einzonung gibt es aber auch noch weitere Massnahmen, welche den Wert des Grundstücks stark erhöhen, insbesondere Zonungszuteilungen in der Nutzungsplanung der Gemeinde. Durch die Planung der öffentlichen Hand kann also das Vermögen des Grundeigentümers ohne eigenes Handeln vermehrt werden. Der sogenannte Planungsvorteil wurde bisher nicht abgegolten. Gemäss Meinung der Bevölkerungsmehrheit sind aber solche Planungsgewinne teilweise an die Öffentlichkeit abzutreten.

Solche Planungsvorteile sind z. B. Aufzonen von zwei Geschosse auf drei Geschosse, die Ausnützung von 3,5 auf 4, eine Umzonung von Wohn- auf Gewerbezone oder Sondernutzungsplanungen (z. B. Bahnhofareal). Mit der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) vom 1. Mai 2014 ist eine solche Abgeltung nun verbindlich und um andere Planungsvorteile neu abzugelten ist das Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen geschaffen worden. Damit hat sich nun die GPK eingehend befasst. Der Fokus der Detailplanung der GPK wurde auf folgende Punkte festgelegt:

- Rechtssicherheit & -gleichheit
- Beschwerdemöglichkeit und Rekurs an höhere Stelle

Wir möchten sämtlichen Ansprechpersonen, namentlich dem Leiter Bau- und Planung Ilko Müller, sowie Gemeindeammann Roland Kuster für ihre kompetenten Auskünfte danken. Das Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen wurde gut vorbereitet und in der Planungskommission eingehend behandelt. Es entspringt dem allgemeinen Bürgerempfinden. Die GPK kam zum Schluss, dem Einwohnerrat die Annahme des Reglements über den Ausgleich von Planungsvorteilen und die gleichzeitige Abschreibung des erwähnten Postulats Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, WettiGrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen, zu empfehlen.

Abstimmungsverhältnis: 5 Ja : 0 Nein und 0 Enthaltungen.

Mollet Désirée: Es ist im Sinne unserer Fraktion, dass mit diesem Reglement sichergestellt wird, dass alle betroffenen Grundeigentümer gleichbehandelt werden. Wir begrüßen ebenfalls, dass Bagatellfälle von der Anwendbarkeit ausgenommen werden und somit hoffentlich verhindert wird, dass die Umsetzung des Reglements schlussendlich nicht mehr kostet als nützt.

Der Zweckdienung des Fonds stehen wir nach wie vor kritisch gegenüber, allerdings beurteilen wir den Katalog als annehmbar und gehen davon aus, dass der Ausgleich mehrheitlich durch Sacheinlagen erbracht und die Höhe des Fonds sich in Grenzen halten wird.

In diesem Sinne stimmen wir diesem Antrag zu.

Scherer Kleiner Leo: Ich bin mit der GPK voll und ganz einverstanden. Es handelt sich hier um eine sehr sorgfältig ausgearbeitete Vorlage, welcher uns vom Gemeinderat hier unterbreitet wird. Ich würde hinzufügen, dass der Antrag inhaltlich sehr umfassend ist und unser Postulat weitgehend umgesetzt wird. Es freut mich besonders, dass Wettingen mit der Umsetzung nicht noch Jahre zuwartet, sondern zeitnah die Rechtsgrundlage auf Gemeindestufe schafft, um den gesetzlichen Vorgaben und Rahmenvoraussetzungen von Bund und Kanton zu folgen und dies bevor man die grosse Totalrevision der BNO angeht, in der nachher genau solche Planungsvorteile entstehen.

Ich finde es besonders gut, vor allem nach einer solchen Budgetdebatte, dass man hier eine Finanzquelle erschliesst, welche sich indirekt positiv auf den allgemeinen Gemeindehaushalt auswirkt. Meine Fraktion ist sehr zufrieden mit dieser Vorlage und wir werden diesem Antrag vorbehaltlos zustimmen.

Widmer Franziska: Die Fraktion EVP/Forum5430 ist erfreut, dass der Vorstoss von Marie Louise Reinert und Leo Scherer Kleiner zur Erarbeitung des nun vorliegenden Reglements geführt hat. Wie im Traktandenbericht erwähnt stellt es eine Richtlinie dar, für etwas, das dem Gerechtigkeitssinn der Bevölkerung entspricht.

Das Reglement wurde in unserem Erachten mit einem guten Augenmass erarbeitet.

Dass es jetzt und damit vor der Gesamtrevision der Nutzungsplanung in Kraft gesetzt werden kann, ist wichtig und beugt allfälligen Vorwürfen betreffend Vetternwirtschaft vor.

Bei der Verwendung der Gelder, die in den entsprechenden Spezialfonds fließen, erhoffen wir uns sehr, dass als Kompensation für die fortschreitende Verdichtung auch Massnahmen im Bereich biodiverser Siedlungsbegrünung und Naturschutz berücksichtigt werden. Wir werden dem Reglement zustimmen.

Zoller Markus: Bekanntlich ist der Siedlungsdruck auch für Wettingen eine Herausforderung. Es ist wichtig, dass mit den bestehenden Bauressourcen entsprechend sorgsam umgegangen wird. Eine höhere Dichte in den bestehenden Siedlungsgebieten ist dafür ein Instrument, um nachhaltige Siedlungspolitik zu betreiben. Es ist dabei sehr wichtig, dass nicht nur der Verdichtung sondern auch der Qualität eine grosse Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Planungskommission hat sich intensiv mit diesem Geschäft auseinandergesetzt.

Das Raumplanungsgesetz fordert lediglich bei Einzonung eine Mehrwertabgabe, aber es ist folgerichtig, dass bei Aufzonungen oder Mehrnutzung durch Gestaltungspläne Mehrwertabgaben fällig werden, sowie dies in Wettingen in Zukunft vorgesehen ist. Die Abgabe von 30 % des Mehrwerts ist ein ausgewogener Satz. Er hat keine abschreckende Wirkung auf Grundeigentümer, welche für ein Bauvorhaben mehrere Parzellen zusammenlegen und damit den Schwellenwert von 800 m² überschreiten oder einen Mehrwert von über Fr. 30'000 generieren, möchten. Erfahrungen im Zusammenhang mit den Sondernutzungsplänen beim Bahnhofareal und der Landstrasse zeigten dies. Die Abgabe kann in Form von Sachleistungen erfolgen. Beim Bahnhofareal zum Beispiel verpflichteten sich die Grundeigentümer unter anderem zur Erstellung eines Kindergartens. Es ist wichtig, dass von Beginn an ein gutes Controlling durchzuführen ist, damit das Grundpfandrecht auch im Grundbruch eingetragen wird und dass der Mehrwert, sobald er fällig wird, auch tatsächlich der Gemeinde abgegolten wird.

Für die Fraktion Die Mitte CVP ist es wichtig, dass der Spezialfonds für Ausgaben in Zusammenhang mit der Siedlungs- und Innenentwicklung und der Schaffung von qualitativ hochwertigen Freiräumen verwendet wird. Wir wünschen uns bezüglich der Verwendung dieser Gelder ein regelmässiges Reporting. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für das Ausarbeiten dieser umfassenden Vorlage und werden einstimmig zustimmen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich bedanke mich bei den Fraktionen für die positive Aufnahme dieser Vorlage. Das ist eine kreative Lösung. Das genannte Reporting wird jedes Jahr bei der Rechnungsabnahme ersichtlich sein.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte eine redaktionelle Anpassung einbringen.

Bei § 6 Abs. 3 fehlt das Wort „zu“. Der Satz sollte wie folgt lauten: „Führt ein Ausgleich von Planungsvorteilen zu unzumutbaren Härtefällen kann der Gemeinderat die Abgabe um bis zu 33% reduzieren“.

Abstimmungen:

Der Einwohnerrat fasst grossmehrheitlich folgende Beschlüsse:

1. Das Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen wird beschlossen.
2. Das Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, WettiGrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen wird abgeschrieben.

4 Interpellation Palit Orun, GLP, vom 28. Januar 2021 betreffend Einkommens- und Vermögensstruktur in Wettingen; Beantwortung (2021-0142)

Palit Orun: Mein Dank geht an den Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Ich habe viel Wohlwollen aus der Bevölkerung erhalten, dass ich hier mehr Transparenz in diesem Bereich geschafft habe. Die Aargauer Zeitung hat auch darüber berichtet. Ich danke auch der Fraktion SP/WettiGrünen für das prominente Erwähnen von meinem Namen in ihrem Fraktionsbericht. Aber ich hätte trotzdem noch eine Bemerkung zu Eurem Fraktionsbericht, weil es sich auf meine Interpellation bezieht. Ihr klassifiziert das obere Einkommenssegment ab Fr. 250'000. Ihr zählt also Personen, die bis zu Fr. 250'000 verdienen zu den tiefen und mittleren Einkommen. Ich mache eine ganz andere Segmentierung: Das obere Einkommenssegment nämlich, das sind Personen mit einem steuerbaren Einkommen von über Fr. 140'000, das mittlere Einkommenssegment ist zwischen Fr. 80'000 und Fr. 140'000 und das untere Einkommenssegment unter Fr. 80'000.

Welche Schlussfolgerungen ich aus der Interpellation gezogen habe, könnt ihr im Artikel in der Aargauer Zeitung lesen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich bedanke mich für die speditive Arbeit. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 16. Dezember 2021 hier im Tägisaal statt. Ich wünsche allen einen schönen Herbst und einen guten Start in den Winter.

Schluss der Sitzung: 23:00 Uhr

Wettingen, 21. Oktober 2021

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Christian Pauli

Gemeindeschreiberin

Barbara Wiedmer